

zeitung gegen den krieg

Nr. 57 Herbst 2024

Nein, nein und noch einmal nein zu neuen, auch atomar nutzbaren Waffensystemen!

Reiner Braun

Wir wollen keine neuen Mittelstreckenraketen, keine neuen Abwehrsysteme und Hyperschallwaffen in unserem Land. Mehr Waffen bringen keinen Frieden, erhöhen die Eskalationsgefahr. Raketen sind Magneten, sie zerstören potenziell auch unser Land, Europa würde zur atomaren Wüste.

Wir wissen um die Lüge der angeblich erneuten „Nachrüstung“, der „Fähigkeitslücke“, die unsere Regierung wider alle Tatsachen behauptet. Wir haben zu viele Waffen in Europa, atomare U-Boote in allen uns umgebenden Meeren, US-, englische und französische landgestützte atomare Waffen und ihre russischen Pendanten, auch den atomar nutzbaren sogenannten Raketenabwehrschirm. Es waren die USA, die die Rüstungsbegrenzungsabkommen – seien es der ABM-Vertrag, der INF-Vertrag oder der KSE-Vertrag – gekündigt haben, um hemmungslos den NATO-Vorgaben entsprechend rüsten zu können. Die Rüstungsausgaben der NATO betragen das 12fache der russischen, bei allen Waffensystemen ist die NATO drei bis fünffach Russland überlegen.

Wir sind schon viel zu lange in Europa überrüstet! Und jetzt auch noch neue, landgestützte Waffensysteme nach Deutschland – nur nach Deutschland und ohne gesellschaftliche Debatte, ohne Diskussion im Parlament, nur der Anweisung des US-Präsidenten folgend. Nimmt Kanzler Scholz nicht 84 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in Geiselhaft?

Nein und noch einmal nein. Es reicht! Es ist endlich Zeit, vielfältiger und umfassender nein zu sagen und auszusteigen aus der unkalkulierbaren Rüstungsdynamik.

Wir wissen: von denen da oben, von der Bundesregierung, von der NATO haben wir nur mehr Waffen und Militär, mehr Kriegsenagement und mehr Konfrontation zu erwarten. Es muss uns klar sein: die Regierenden

werden mit ihrem Kriegskurs fortfahren, bis wir uns nicht mit deutlich aktiverem Widerstand dagegen stellen.

Protest, ja Widerstand tut Not. Wir wissen, dass wir noch zu schwach und zu wenig organisiert sind. Aber wir haben angefangen, uns zu wehren und wir werden täglich, wenn auch immer noch zu langsam, mehr, die die Gefahren erkennen und anfangen aufzumucken. Wir können die „kritische Masse“ bilden, wir sind auch in den Umfragen eine Mehrheit gegen die Mittelstreckenraketenstationierung. Daher können wir wieder in der Lage sein, die kulturelle Hegemonie für Frieden zu gewinnen. Aufgeben und Stillhalten sind angesichts der Dimension der Gefahr keine Option.

Nur aktives Handeln zählt, und zwar von jeder und jedem. Es sollte niemand glauben, das Engagement des Einzelnen habe kein Gewicht, es ist – ganz im Gegenteil – ein Element eines immer breiter werdenden Flusses: das weiche Wasser bricht den Stein. Mutlosigkeit, ja Verzweiflung, Passivität und Ohnmacht wollen uns die Rüstungsbefürworter, die Kriegstreiber und ihre Medien einreden – in ihrem Interesse.

Wir aber wissen: Wir können es schaffen, wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln. Wir stehen auch nicht allein, die große Mehrheit der Staaten dieser Erde, der „Globale Süden“ will Frieden und engagiert sich immer mehr und aktiver für diesen. Wir haben Freundinnen und Freunde in allen Ländern der Erde, wir lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen. „Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.“

Friedensbewegungen und Friedensbewegte gibt es überall. Jetzt müssen wir unsere Kraft in die Waagschale für den Frieden werfen – zuerst zuhause. Deshalb hat die bundesweite Demonstration am 3.10.2024 auch eine so herausragende Bedeutung.

• Wir protestieren gegen eine Politik, die uns in die große Katastrophe führen kann. Krieg

Garnet Alps	Frieden durch Abrüstung	Seite 4
Ingo Harms & Sigg Stenzel	Militär oder Sozialstaat	Seite 5
Michael von der Schulenburg	Völkerrecht	Seite 6
Moshe Zuckermann	Israels Situation	Seite 8
Boniface Mabanza	Afrika und EU neokolonial	Seite 9
Jürgen Wagner	Mittelstreckenraketen	Seite 12

und Aufrüstung sind nie die Lösung. Diplomatie, Verhandlungen und Abrüstung sind die Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

- Wir lassen uns nicht verletzen und folgen keinen Feindbildern – weder im Osten noch im Süden, weder nach Innen noch nach außen. Solidarität, Respekt und Empathie zeichnen uns aus.
- Wir wollen eine neue Politik und „neue Köpfe“, die wieder zurückkehren zur Politik der gemeinsamen Sicherheit. Wir können die täglichen „Fratzen“ nicht mehr sehen. Wo sind die neuen Entspannungspolitiker, die Willi Brandts oder Michael Gorbatschows? Sie werden aber nur auf der Basis von Bewegungen und Veränderungen „geboren“.
- Wir dürfen das „Regieren gegen das Volk“ nicht hinnehmen. Die Friedensbewegung hat eine wichtige Aufgabe für die Demokratie im Land.

Deshalb demonstrieren wir als Friedensbewegung am 3.10.2024. Diese Friedensbewegung sind wir alle, die sich ehrlichen Herzens, kühlen Kopfes und mit Friedensargumenten solidarisch der Kriegs- und Rüstungspolitik der Regierenden überall auf der Welt entgegenstellen. Als Friedensbewegung stehen wir auf den Schultern von Giganten – Erasmus von Rotterdam, Hermann Kant, Berta von Suttner, Rosa Luxemburg, Martin Niemöller und Petra Kelly seien nur stellvertretend genannt – aber hier und heute sind wir – jede und jeder einzelne – herausgefordert: Mitzutun, die großen Gefahren abzuwehren. Es steht Spitz auf Knopf.

Deshalb: macht mit, beteiligt euch an den Vorbereitungen, gewinnt Mitstreiterinnen und Mitstreiter und kommt zur bundesweiten Demonstration am 3.10.2024. Sie muss ein unübersehbarer und überzeugender Auftakt für viele weitere Schritte sein.

Wir sehen uns am 3.10. in Berlin!

Reiner Braun ist an der Vorbereitung der bundesweiten Demonstration beteiligt



Ukraine-Krieg: Eskalation statt Entspannung

Petra Erler & Günter Verheugen

Der Krieg in der Ukraine geht in den dritten Herbst. Ein Ende ist nicht in Sicht. Denn in diesem Krieg geht es nicht um die Ukraine. Der militärische Schlagabtausch dort ist Teil einer großen weltpolitischen Auseinandersetzung: besteht die sogenannte „regelbasierte Ordnung“, sprich die US-Hegemonie fort, oder setzt sich eine neue multipolare Weltordnung auf der Basis der souveränen Gleichheit aller Staaten und ihres wechselseitigen Interessenausgleichs durch? Das Gefährliche an diesem weltpolitischen Konflikt ist, dass sich Nuklearmächte duellieren, was so eskalieren

könnte, dass am Ende Europa, wenn nicht gar die Welt zerstört wird.

Völkerrecht und Diplomatie

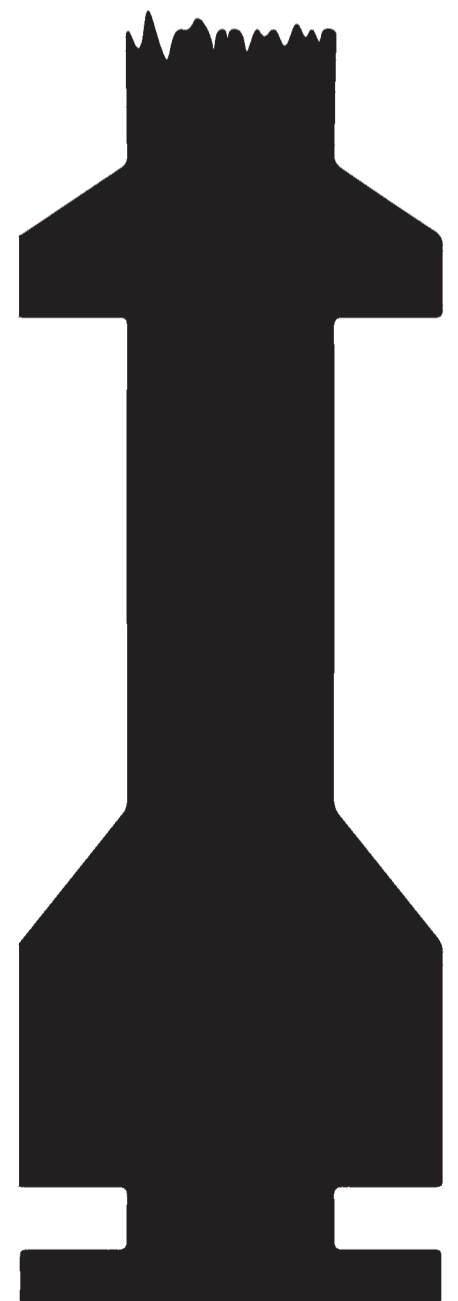
Man darf sich nicht täuschen: Die russische Invasion 2022 repräsentierte eine klare Verletzung der UN-Charta. Sie war eindeutig völkerrechtswidrig. Aber sie war nicht anlasslos, sondern die furchtbare Konsequenz gescheiterter russischer Diplomatie. Das berechnete Russland nicht zur Invasion, denn das Völkerrecht verlangt die friedliche Streitbeilegung. Aber da zu einem Streit immer mehr als nur eine Partei gehört, stand von Anfang an die Frage im Raum, warum die US-geführte Nato

keine gütliche Einigung suchte. Die Antwort darauf gaben spätestens die gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine vom Frühjahr 2022. Es ging nie um Interessenausgleich, sondern immer um die Unterwerfung Russlands. Daher lag auch Frieden nicht im westlichen Interesse.

Wessen „regelbasierte“ Ordnung?

Westlicher Leitgedanke war und ist, sich der Ukraine militärisch zu bedienen und gleichzeitig die Gelegenheit zu nutzen, um

Fortsetzung auf Seite 2



Ukraine-Krieg: Eskalation statt Entspannung

Fortsetzung von Seite 1

eine dauerhafte Schwächung Russlands zu erreichen. Auf dem geopolitischen Schachbrett US-amerikanischer Herkunft sind aller Herausforderer der US-Hegemonie kleinzuhalten, wenn nicht gar zu zerschlagen. Von den USA gingen deshalb nach 1990 eine ganze Serie von Völkerrechtsbrüchen und kriegerischen Aggressionen aus, wie beispielsweise in Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Aber nie sind sie dafür in irgendeiner Weise haftbar gemacht oder gar verurteilt worden. Denn „regelbasiert“ bedeutete auch, dass sich das, was sich die US und ihre Alliierten erlauben, andere nicht erlauben dürfen. Diese Doppelzüngigkeit und Heuchelei ist vielen im Westen nicht bewusst, aber die Mehrheit der



Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail Hr.Braun@gmx.net
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex. Jeweils zusätzlich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
 IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881



Menschheit begreift sie nur zu gut.

Auch deshalb sind fast alle politischen Ziele, die nach der russischen Invasion aufgestellt worden, gescheitert. Der gegen Russland in Gang gesetzte Wirtschaftskrieg in Form einer nicht abreißen lassen Kette von Sanktionspaketen, hat nicht, wie es großspurig angekündigt wurde, Russland „ruiniert“, sondern sich zum Bumerang entwickelt. Die ganze Welt leidet darunter, aber die Macher und Unterstützer dieser Sanktionen haben inzwischen selbst schwere Probleme, die langfristig sind. Leider gilt das auch für Deutschland.

Fehlschlag: Die internationale Isolierung Russlands

Zerstoben ist die Erwartung, die Belastung durch den Krieg werde in der russischen Bevölkerung den Rückhalt für Präsident Putin so sehr schwächen, dass es zu einem Machtwechsel in Moskau kommt. Es gibt keine ernsthafte politische Kraft in Russland, die den Kreml-Kurs nicht teilt, wohl aber russische Stimmen, die die Politik Putins regelrecht als gemäßigert erscheinen lassen.

Der Ukraine wurde und wird massive westliche Solidarität zuteil. Tatsächlich ist sie inzwischen von uns abhängig. Die Annahme war, die Ukraine könnte mit uneingeschränkter militärischer Unterstützung des Westens den Krieg gewinnen. Tatsächlich verblutet sie und geht zugrunde, wenn es so weitergeht.

Dagegen ist auch das russische militärische Potential gewachsen. Der Oberkommandierende der Nato in Europa hält es heute für ein schwerwiegendes Sicherheitsproblem, dass Russland direkt an der Grenze des europäischen Nato-Territoriums liegt, es inzwischen glaubt, der Westen sei der Feind und äußerst wütend ist. Die Frage, wie es dazu kam, einschließlich der geopolitischen Verschiebung, stellte er nicht.

Kein Diktatfrieden möglich

Aktuell ist keine Situation mehr denkbar, in der der Westen Russland seine Bedingungen schlicht diktieren könnte. Es dennoch unbeirrt zu versuchen, bedeutet, eine militärische Eskalation zu betreiben bis hin zur direkten Nato-Russland-

Konfrontation, die zwangsläufig den nuklearen Schlagabtausch einschließt. Zwischen Atommächten herrscht ein nukleares Patt. Keiner kann den anderen besiegen, aber jeder kann den anderen mit in den Untergang reißen. Das muss man verstehen.

So wie man auch verstehen muss, dass die kühle militärische Logik immer nach einem Vorteil drängt, dieses Patt zu unterlaufen. Wenn das politisch nicht mäßigend begleitet wird, wird unser Schicksal immer unsicherer.

Das führt außerdem sofort zur Frage, wie die deutsche Politik auf den Gedanken kommen konnte, es sei eine gute Idee, jetzt unter anderem neue amerikanische Mittelstreckenwaffen, also Angriffswaffen, auf deutschem Boden stationieren zu wollen. Genauer gesagt kamen die USA 2021 auf die Idee. Mit der deutschen Zustimmung wird unser Land nicht nur zur Zielscheibe. Wir wurden Teil einer Provokation zur „Nachrüstung“, allerdings ohne Verhandlungsangebot. Wollen wir einer erneut waffenstarrenden, atomaren Zukunft in Europa entgegensehen, in der Misstrauen, Fehlkalkulationen oder technisches Versagen regieren? Glauben wir wirklich, noch einmal soviel Glück zu haben,

dass wir einer Beinahe-Katastrophe entkommen, wie in den 80er Jahren? Damals rettete die Menschheit ein sowjetischer Staatsbürger [in Gestalt von Oberst Petrow, der bei einem zunächst nicht erkennbaren Fehlalarm von Computern die Nerven behielt und nicht den dienstlich vorgegebenen atomaren „Gegenschlag“ auslöste – Anm. d. Red.].

Propaganda: „Russische Gier“

Teil der heutigen verdeckten Kriegsführung ist, dass in der Politik und in den meinungsbildenden und -führenden Leitmedien eine wahrheitsgemäße Beschreibung der Wirklichkeit nicht mehr stattfindet. Stattdessen vollzieht sich eine geistige Mobilmachung. Wir alle sollen „kriegstüchtig“ werden. Dazu wird insinuiert, dass sich die russische Gier nach Eroberungen mit einer Unterwerfung der Ukraine nicht zufriedengeben wird. Danach würden Nato-Staaten an der Reihe sein. Die Nato kann sich aktuell nicht einigen, wer überfallen werden würde: das Baltikum, Schweden, Finnland, Polen, Deutschland – alle gleichzeitig, nacheinander, oder wie?

Deshalb sei Abschreckung geboten. Die beste Abschreckung einer möglichen Kriegsgefahr liegt jedoch nicht in der Hochrüstung sondern exakt in ihrem Gegenteil – in Abrüstungsvereinbarungen, in militärischen Transparenz- und Kontrollmechanismen, in permanenten Gremien des Dialogs und der diplomatischen Suche nach Lösungen bei widerstreitenden Interessen.

„Zeitenwende“ oder Land des Friedens

Dem hat die Politik der „Zeitenwende“ abgeschworen. Nun liegt es an den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, eine Umkehr einzufordern. Laut und deutlich.

Weil Deutschland ein Land des Friedens sein soll, ja bleiben muss. So wie wir es uns im Grundgesetz versprochen haben.

Weil gerade unser Land und auch die EU die Idee des europäischen Friedensprojekts nicht aufgeben darf. Das ist das Vermächtnis aller Kriegstoten. „Nie wieder“ mahnen sie. Das hat die EU zur Hoffnung der Welt gemacht. Nicht ihr Handel, nicht ihr Wohlstand, nicht das freie grenzenlose Reisen sind es, sondern die europäische Fähigkeit, Hass und andauernde Feindschaft zwischen Völkern zu Grabe zu tragen, brachte der EU weltweite Anerkennung. Sie erstreckte sich auf unser Land. Deutschland wurde wieder geachtet, nicht mehr vor allem gefürchtet und verdammt. So gelang auch die deutsche Einheit. Vergessen wir das nie.

Petra Erler war Staatssekretärin in der letzten DDR-Regierung. Günter Verheugen war EU-Kommissar und Staatsminister im Auswärtigen Amt
 Weitere Infos:
<https://petraerler.substack.com> und
<http://www.european-experience.de/>

Aufruf zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!

Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!

Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!

Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungs austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!

Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 12:30 Uhr nach Berlin!

Es liegt an uns!

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ · Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Rita-Sybille Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl

Das gefährlichste Jahrzehnt seit 1945

Michael Müller

Was ist bloß passiert? Nach dem historischen Jahr 1989 hatten wir alle Möglichkeiten, alte Denkweisen, Blockaden und Feindschaften zu überwinden. Die Grenze zwischen Ost und West fiel. Die Leute halfen sich gegenseitig und tanzten auf der Mauer. Die Grenzsoldaten sahen nur zu, statt die Massen zu vertreiben und ihnen Angst zu machen, indem scharf geschossen wurde. Während in China der Volksaufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens brutal niedergeschlagen worden war, wurden zuerst in Ungarn die Grenzstationen abmontiert und dann der „antifaschistische Schutzwall“ gestürmt, ohne dass jemand getötet wurde. Die sowjetischen Truppen zogen aus Ostdeutschland ab, ohne einen Schuss abgegeben zu haben. Alles vergessen?

Heute sind wir mitten in einem neuen Kalten Krieg, zurück in der alten Konfrontation. Die Charta von Paris, die Europa 1990 eine Sicherheitsarchitektur geben sollte, ist folgenloses Papier geblieben. Versprechen wurden nicht eingehalten, die Nato bis an die Türschwelle Russlands erweitert. Die Militärs haben wieder das Sagen, die Außenpolitik wurde ihren Interessen untergeordnet. In der Ukraine herrscht ein schrecklicher Krieg, der zu einem großen Krieg mit der NATO zu werden droht. Statt die Diplomatie zu stärken, werden wieder Mittelstreckenraketen stationiert und die großen Leitideen der Friedens- und Entspannungspolitik als schädlich diffamiert.

Wir leben in dem gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des 2. Weltkrieges, auch weil die Militarisierung der Außenpolitik die Lage verschärft, statt sie zu entspannen. Deshalb demonstrieren wir und sagen Nein zu Aufrüstung und neuen Mittelstreckenraketen. Der Kampf beginnt von Neuem.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschland e.V.

Für die Wahrheit, gegen die Kriegslügen

Sevim Dagdelen

Wenn Kriege durch Lügen begonnen werden können, kann Frieden durch die Wahrheit begonnen werden – das ist das Credo von Julian Assange. Zwölf lange Jahre war der Journalist und Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks seiner Freiheit beraubt worden, weil er Folter der CIA publik gemacht hat und Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak und von NATO-Verbündeten in Afghanistan. Eine gewaltige internationale Solidaritätskampagne, unermüdlicher lauter Protest auf dem ganzen Globus verbunden mit stillen diplomatischen Initiativen von Parlamentariern wie Präsidenten machten in diesem Sommer das lange unmöglich Scheinende möglich: Julian Assange ist in Freiheit. Dass er in einem Punkt einen Verstoß gegen das US-Spionagegesetz einräumen musste, damit die US-Administration von Präsident Biden die weitere politische Verfolgung stoppt, beendet die Justizfarce zur Schande der USA und ihrer NATO-Verbündeten, von denen nicht einer dem US-Angriff auf die Pressefreiheit entgegengetreten war.

Julian Assange ist ein Held unserer Zeit. Er hat die Wahrheit verteidigt in finsternen Stunden, eingesperrt in seiner zwei mal drei Meter kleinen Zelle. Dass er nun im Kreis seiner Familie zurück in Australien lachen und hoffentlich gesundheitlich genesen kann, ist ein glücklicher Moment und dem unermüdlichen Widerstand weltweit zu danken. Zugleich gilt, was Walter Benjamin einst über den permanenten Krieg sagte: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der Ausnahmezustand, in dem wir leben, die Regel ist.« Die Freiheit von Julian Assange ist die Freiheit, die noch erkämpft werden muss.

Sevim Dagdelen ist außenpolitische Sprecherin der BSW-Gruppe im Bundestag und Obfrau im Auswärtigen Ausschuss.

Klimagerechtigkeit braucht Frieden!

Angelika Claußen

Kriege und Streitkräfte gehören zu den größten Umwelt- und Klimasündern. Alle Militärs zusammen mit den Rüstungsindustrien verursachen etwa 5,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen, hat die Gruppe Scientists for Global Responsibility schon vor Jahren errechnet. Im Ukrainekrieg wurden erstmals schon während des anhaltenden Krieges die militärisch bedingten Emissionen beforscht. Der Krieg kostet nicht nur unzählige Menschenleben bei der Zivilbevölkerung und bei den Soldaten, sondern er schädigt auch das Weltklima. Ein internationales Forscherteam ermittelte 175 Millionen t CO₂ als Äquivalent infolge des damals schon 2 Jahren andauernden Ukrainekriegs. Durch den Krieg wurden an der Front Milliarden Liter Treibstoff verbrannt und riesige Brände, die massiven Zerstörungen in der Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen Elektrizitätsanlagen) verursachten.

Auch der Krieg zwischen Israel und der Hamas in Gaza hinterlässt neben Zehntausenden Toten und über 100.000 Verletzten einen sehr großen CO₂-Fußabdruck. Die Studie um das Autorenteam von Benjamin Neimar schätzt die kriegsbedingten Emissionen auf Seiten beider Gegner ab. Eingeschlossen sind sowohl die Treibstoffemissionen von Flugzeugen und Panzern in den ersten 60 Kriegstagen als auch die Emissionen aus dem unterirdischen Tunnelsystem der Hamas als auch die Emissionen aus dem Bau der israelischen Mauer zum Westjordanland. Der Wiederaufbau von Gaza wird einen riesigen CO₂-Ausstoß durch den dazu notwendigen Zement verschlingen. Er war ebenfalls in der Studie zu Ukraine eingeschlossen. Das Autorenteam kommt auf ca. 450.000 CO₂ Äquivalent für die unmittelbaren Kampfhandlungen. Der Wiederaufbau kostet 30 Millionen t, CO₂ Äquivalent, so viel, wie Neuseeland jährlich verbraucht. Diese beiden Schlaglichter auf kriegsbedingte Emissionen zeigen, dass der Kampf für Frieden und Klimagerechtigkeit unmittelbar zusammengehören. Friedensbewegung und Klimabewegung gemeinsam für Abrüstung. Wir brauchen die Ressourcen für unser Leben, für Gemeinwohlaufgaben, für Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser, für Klimagerechtigkeit. Die IPPNW setzt sich für eine zivile statt einer militärischen Sicherheitspolitik ein. Priorität hat die menschliche Sicherheit. Das bedeutet für den Bundeshaushalt, dass Abrüstung statt Aufrüstung, sozial-ökologische Transformation, Mittel für Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung, für Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz Vorrang haben müssen.

Dr. med. Angelika Claußen ist Co-Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW

Keine EU-Atomwaffen

Özlem A. Demirel

Auf dem Weg hin zu einer europäischen Armee kann auch eine eigene EU-Atombombe Thema werden,“ erklärte Katharina Barley als Spitzenkandidatin der SPD zur EU-Wahl und sorgte mit dieser Aussage für Schlagzeilen. Die Bundesregierung beschwichtigte: man wäre durch die nukleare Teilhabe und auch durch französische und britische Atomwaffen ausreichend geschützt und ohnehin gehöre eine solche Debatte nicht in die Öffentlichkeit, so auch ihr Parteikollege und Verteidigungsminister Pistorius.

Doch letztlich hat Frau Barley nur gesagt, was ist: Deutschland hegt schon lange Ambitionen, nicht nur über die nukleare Teilhabe an Atomwaffen zu haben, sondern direkten Zugriff auf diese zu erlangen. Und die Atombombe wäre ein unabdingbarer Teil einer vollendeten EU-Militärunion. Dem mehrfachen Angebot des französischen Präsidenten, einen europäischen atomaren Schutzschirm zu stellen, ist man auch in Berlin nicht abgeneigt, nur möchte man auch selbst auf den roten Knopf drücken können – was wiederum Macron entschieden ablehnt. Verhandelt wird hinter den Kulissen schon seit geraumer Zeit und es ist zu befürchten, dass bei einer Wahl von Trump im November die Debatte um die weitere Militarisierung der EU weiteren Aufwind bekommt.

Sowohl der mögliche Zugriff auf Atombomben als auch die derzeit geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland und jeder weitere Schritt der massiven Militarisierung wird mit Abschreckungskraft und damit Sicherheit begründet. Doch es ist ein Trugschluss, dass uns die massive Aufrüstungs- und Eskalationsspirale mehr Sicherheit bringen könnte. Vielmehr ist sie Ausdruck der verhärteten Konkurrenz großer Mächte, die ihre geopolitischen Interessen und den Machtkampf um die Neuaufteilung der Welt robuster austragen.

Unsere Aufgabe ist es nun, durch starke Friedensbewegungen in allen Ländern dieser Welt dem Kurs der massiven Aufrüstungs- und Eskalationsspirale etwas entgegensetzen und ihn zu Stoppen. Darüber hinaus brauchen wir Deeskalation, eine Entspannungspolitik und umfangreiche Sicherheitsgarantien von allen Atommächten. Auch müssten die EU und alle Mitgliedsstaaten den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifizieren – einige europäische Staaten haben dies bereits getan. Es wäre ein wichtiges Zeichen gegen die atomare Rüstungsspirale. Wollen wir nicht, dass mit Atombomben jegliches Leben und die Natur zerstört werden, so müssen alle Atombomben zerstört werden.

Özlem A. Demirel ist MdEP, DIE LINKE.



Zeitenwende: Die Gewerkschaften sind gefordert, weil die Beschäftigten betroffen sind

Ulrike Eifler

Selten zuvor in der Nachkriegsgeschichte standen anhängig Beschäftigte so unter Druck wie in der gegenwärtigen Zeitenwende. Und selten zuvor waren sich die Gewerkschaften so unklar über die Notwendigkeit zur Gegenwehr. Kämpfe um Mitbestimmung, Streiks für die Lohnfortzahlung, die Lehrlingsbewegung, der Kampf um die 35-Stunden-Woche, die Auseinandersetzung um den Strukturwandel im Ruhrgebiet, der Krefelder Appell, Sonderzüge zum Anti-Kohl-Protest und der Aufruf gegen den Irakkrieg – immer ging es um existenzielle Fragen, und immer haben die Gewerkschaften ihre Mobilisierungsstärke unter Beweis gestellt.

Jetzt aber erleben wir eine gewerkschaftspolitische Windstille, die angesichts weitreichender Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zu einer Katastrophe führen könnte. So zeigte sich bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges, dass Sanktionen und Gegensanktionen die Inflationsentwicklung derart befeuerten, dass der Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war – während der Anstieg der Löhne 2022 unverändert blieb, hatte sich der Anstieg der Preise vervielfacht.

Flankiert werden die Tarifrunden von manifesten Angriffen auf den Sozialstaat. In internen Gesprächen soll Christian Lindner bereits die notwendigen „Brutalitäten in den

Nein zur Aufrüstung!

100 Mrd. Euro für Soziales statt für Waffen



Sozialsystemen“ eingefordert haben. Und die öffentlich geführte Diskussion über Bürgergeld, Kindergeld, Kindersicherung und Rente zeigt: Unter dem Aufrüstungskurs der Ampel verengen sich die finanziellen Spielräume für den Kampf gegen Kinderarmut, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur oder den nachhaltigen Umbau von Industrie und Gesellschaft. Wie enthemmt dieser Diskurs geführt wird, zeigte sich, als die Medien bereitwillig

das Goebbels-Zitat „Kanonen statt Butter“ aufgriffen und somit der Debatte Raum gaben, dass nun die Militärausgaben die Maßstäbe setzen müssten.

Gleichzeitig geraten die Beteiligungsrechte der Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Etabliert sich der Begriff der Kriegswirtschaft als politische Kategorie, bedeutet das die Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die außenpolitische Strategie der Bundes-

regierung. Dass dies auch zu einer Unterdrückung von Tarifverhandlungen und Streikrecht führen kann, zeigte nicht zuletzt ein Kommentar von Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Er argumentierte während des Streiks bei der Bahn, das der Arbeitskampf vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges nicht zum Sicherheitsrisiko werden dürfe.

Die Gewerkschaften müssen sich angesichts dieser Entwicklung stärker zu Wort melden. Der Erhalt

der betrieblichen Transformation, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – all das erfordert Entspannungspolitik. Zeiten, in denen Aufrüstung und Krieg Konjunktur haben schränken dagegen die Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso wie die Arbeitskämpfebedingungen für die Beschäftigten weitgehend ein.

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin

Frieden durch Abrüstung!

Garnet Alps

Wir Gewerkschafter*innen stehen für Frieden und Abrüstung. Heute gibt es wohl kaum etwas Aktuelleres und gleichzeitig etwas Schwereres als diese große Aufgabe! Denn die Ereignisse und Entscheidungen der letzten Jahre haben sich weiter von der Idee von Frieden durch Abrüstung entfernt.

Nun sollen also US-Langstre-

ckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Die nächste Stufe fortwährender Eskalation. Nur wenige sagen laut, dass sie diesen Weg falsch finden. Aber genau sie sollten wir unterstützen. Wir sind konfrontiert mit einer zunehmend militärischen Sprache.

Im Taurus-Streit haben sich vor einigen Monaten im TikTok-Kinderprogramm des ZDF noch die europäischen Marschflugkörper spielerisch darüber ausgetauscht,

was für ein Zauderer der Kanzler sei und wer die bessere Waffe sei. Vor Bildungseinrichtungen gibt es kein Halten mehr und Jugendliche werden flächendeckend und schriftlich auf eine Berufsausbildung bei der Bundeswehr hingewiesen, als wäre sie eine Arbeitgeberin wie jede andere.

Ganz selbstverständlich ist die Frage von Krieg, von Sieg und Niederlage in unseren Alltag eingedrungen. Keine Diskussion über Rüstungskontrollen, keine Einordnung der verfolgten Ziele, keine erkennbare Strategie zur Beendigung kriegerischer Auseinandersetzung und keine Ansätze von Rüstungskonversion, für einen Beitrag auf

dem Weg zur friedlichen und auch ökologischen Transformation.

Nur können wir die Perspektive, die in der Aufrüstung und sogenannten Kriegstüchtigkeit steckt, unmöglich wollen!

Natürlich haben über 2 Millionen Mitglieder der IG Metall zum Krieg in der Ukraine nicht die gleiche Meinung. Auch wir diskutieren kontrovers. Aber nach wie vor gilt: Die Gewerkschaftsbewegung war und ist dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung verpflichtet. So steht es in der Satzung der IG Metall. Das wurde nicht theoretisch vom Sofa aus erdacht. Es waren die Kolleginnen und Kollegen, die angesichts ihrer persönlichen Kriegserfahrungen aus zwei Weltkriegen, angesichts der Gewalt,

der Vernichtung, der Vertreibung und der unfassbaren Zerstörung die Gewissheit formuliert haben, dass wir unsere freie, demokratische Gesellschaft nur dauerhaft erreichen und erhalten können, wenn nicht die Mittel der Gewalt, der Zerstörung, des Mordens und Tötens triumphieren.

Auch wenn das heute so schwer erscheint, lohnt es sich dennoch dafür einzustehen und immer wieder den Ruf nach diplomatischen Lösungen laut werden zu lassen und einer Vorstellung von Frieden durch Abrüstung Raum zu geben. Es ist der einzige Weg in eine friedliche und auch ökologische Zukunft.

Garnet Alps, 1. Bevollmächtigte IG Metall Braunschweig

+++ aktiv gegen krieg +++

Für eine gemeinsame Antwort auf Krieg und sozialen Krieg in Europa

Vor einem Jahr konstituierte sich das Europäische Verbindungskomitee *Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg (EVK)*.

Im Mai d. J. ergriffen die Vertreter des EVK die Initiative für einen *Europäischen Aufruf Biden, Scholz, Macron, Sunak, Meloni, ... Wir sagen NEIN zu Euren Kriegen! Ihr seid verantwortlich für die Massaker und Kriege*, der von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, von Mitgliedern und Organisationen der Friedensbewegung aus 20 Länder unterstützt wird, sowie von weiteren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Am 2. November organisiert die Deutsche Koordination des EVK gemeinsam mit dem International Peace Büro (IPB) eine Europäische Konferenz in Berlin. Sie wird mit vorbereitet von der norwegischen Partei FOR (Frieden und Gerechtigkeit), wie auch dem „Serbische Komitee gegen Krieg und Imperialismus.“ Das wurde auf Konferenzen in Oslo und in Belgrad beschlossen, an denen Kolleg*innen aus den jeweiligen Nachbarländern teilnahmen.

Weitere Informationen: GothardKrupp@t-online.de
Homepage: gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info

+++ engagiert für den Frieden +++

Was ist gewerkschaftliche Friedensarbeit angesichts der aktuellen Zuspitzungen?

Ayhan Zeytin

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt uns deutlich, dass wir immer für Frieden und gegen Krieg gestanden haben, denn wir wissen, dass wir nicht in Konkurrenz zu den Arbeitern anderer Länder stehen, sondern im Gegenteil ein gemeinsames Interesse teilen! In den Gewerkschaften setzen sich die lohnabhängigen Arbeiter

für ihre Rechte ein und das ist in der aktuellen Situation wichtiger denn je. Denn es liegt eben nicht in unserem Interesse, in Kriegen an der Front verheizt zu werden! Wir müssen uns innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe für die Forderung nach Frieden stark machen, anstatt die Stimmungsmache für den Krieg einfach hinzunehmen! Es ist wichtig zu hinterfragen, wem die aktuelle

Sozialpartnerschaft nützt, und sich gegen das falsche Wir-Gefühl zu wehren, das dadurch geschaffen wird. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung und die kann es nur geben, wenn sie Unterstützung aus den Gewerkschaften, aber auch aus den Betrieben selbst bekommt!

Ayhan Zeytin ist Betriebsrätin in einem Stahlkonzern

„Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern ständige demokratische Wachsamkeit.“ Otto Brenner, 1968

Ingo Harms & Sigi Stenzel

Dieses Zitat des langjährigen Vorsitzenden der IG Metall, der sich zu seiner Zeit für Frieden und gegen Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik und später gegen die Aufstellung atomarer Waffen einsetzte, gilt bis heute uneingeschränkt.

Die Politik der Ampelregierung unter der Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers führte mit ihrer „Zeitenwende“ als Reaktion auf den Ukrainekrieg zu einer radikalen Abkehr von bis dahin im sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Kontext gültigen Grundverständnissen in Bezug auf Friedensverpflichtungen, und im Vorrang der Sicherung des Sozialstaats vor Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Die traditionell der früheren Arbeiterpartei SPD verbundenen Gewerkschaften tun sich schwer mit einer analytischen Kritik der Regierungspolitik und reagieren mit einer widersprüchlichen „Sowohl-als-auch-Haltung“. Sie befürworten Waffenlieferungen und Sanktionen, und weisen gleichzeitig auf mehr diplomatische Bemühungen hin. Sie sehen sich selbst weiter als Teil

der Friedensbewegung, entfalten aber keine erkennbaren Aktivitäten für eine Verhandlungslösung im Ukrainekrieg.

Dabei wird die Politik der Bundesregierung zunehmend zum Problem. Als Folge der Sanktionen gegen Russland versiegte die Belieferung mit günstigem russischen Pipeline-Gas. Das hat jedoch nicht, wie beabsichtigt, „Russland ruiniert“, sondern ist zum Bumerang geworden. Der ehemalige Exportweltmeister Deutschland ist inzwischen Tabellenletzter bei den Wachstumsraten der Industrieländer. Standortschließungen, Personalabbau und Kostensenkungsprogramme nehmen zu. Investitionen in Zukunftstechnologien werden zunehmend im Ausland getätigt und Produktionen verlagert. Damit droht dem zentralen Projekt der IG Metall, gegen die Verwerfungen durch Dekarbonisierung und Digitalisierung der Industrie eine soziale, ökologische und demokratische Transformation durchzusetzen, schlicht die ökonomische Grundlage entzogen zu werden.

Der erste Inflationsschock im Jahr 2022, ausgelöst durch die explodierenden Energiepreise, konnte noch mit politischen bzw.

tarifpolitischen Maßnahmen abgefedert werden. Doch die staatlichen Entlastungen (9 Euro Ticket, MwSt.-Absenkung für Gas usw.) hatten nur eine befristete Dauer. Die Inflationsausgleichsprämien waren einmalig. In der bevorstehenden Tarifrunde im Herbst 2024 erwarten die Mitglieder, dass ein großer Teil der Lücke zwischen Inflation und Lohnerhöhungen geschlossen wird. Die Bedingungen, dies einzulösen, könnten wegen der desaströsen wirtschaftlichen Situation und der sich wieder ausbreitenden Kurzarbeit jedoch kaum schlechter sein.

Hinzu kommt: Nach über zwei Jahren deutscher Kriegsbeteiligung, sind die Spielräume für weitere staatliche Maßnahmen ausgeschöpft, es sei denn, es handelt sich um Sondermittel, Fonds und Zuwendungen für Aufrüstung und weiteren Waffen für die Ukraine.

Dazu erfolgt kein lautstarker Protest von der IG Metall, um eine andere Verteilung finanzieller Ressourcen einzufordern (was der Beschlusslage entspräche!). In dem industriepolitischen Forderungskatalog der IG Metall, dass u.a. die Forderung nach einem öffentlichen Investitionsprogramm in Höhe von 600 Mrd. für die nächsten 10 Jahre



enthält, wird kein Bezug zur fatalen Prioritätensetzung der Ampel hergestellt. Ebenso fehlt jede kritische Aufarbeitung zu dem – aus politischen Entscheidungen entstandenen – „Energiepreisschock“, der die Industrie aus dem Land treibt.

Dieser Schlingerkurs ist jedoch riskant für die Gewerkschaften. Wenn die Bevölkerung in weiten Teilen kein Vertrauen mehr in die Politik der Regierung hat, und die Gewerkschaften ihrem Auftrag nicht gerecht werden, die Ursachen für verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik deutlich anzuprangern, ist zu befürchten, dass Beschäftigte und Mitglieder das ebenfalls registrieren und bewerten und ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Notwendig ist deshalb, im eigenen Interesse, ein Aufbegehren gegen die Politik der Destabilisierung. Wer ein 600 Mrd. Investitionsprogramm für Deutschland fordert,

muss klarmachen, wodurch eine Umsetzung dieser notwendigen, ja überlebenswichtigen Maßnahmen gefährdet wird. Es muss gesellschaftlicher Druck von unten entwickelt werden, um die „da oben“ zum Handeln zu bringen, damit sich Spielräume wieder erweitern.

Entspannungspolitik bleibt die einzige Formel zum Überleben der Menschheit. Sich gegen neue und alte Feindbilder und deren Dämonisierungen zu stellen, ist die Aufgabe ganz im Sinne von Otto Brenner: Für eine Politik des sozialen Friedens statt angeblich alternativloser Aufrüstung und aggressiver Entsolidarisierung.

Eine Gelegenheit, das auszudrücken, gibt es am 3. Oktober 2024 in Berlin.

Ingo Harms ist Gewerkschaftssekretär in Hannover bei der IG Metall · Sigi Stenzel ist Gewerkschaftssekretärin bei ver.di in Berlin

Militär oder Sozialstaat

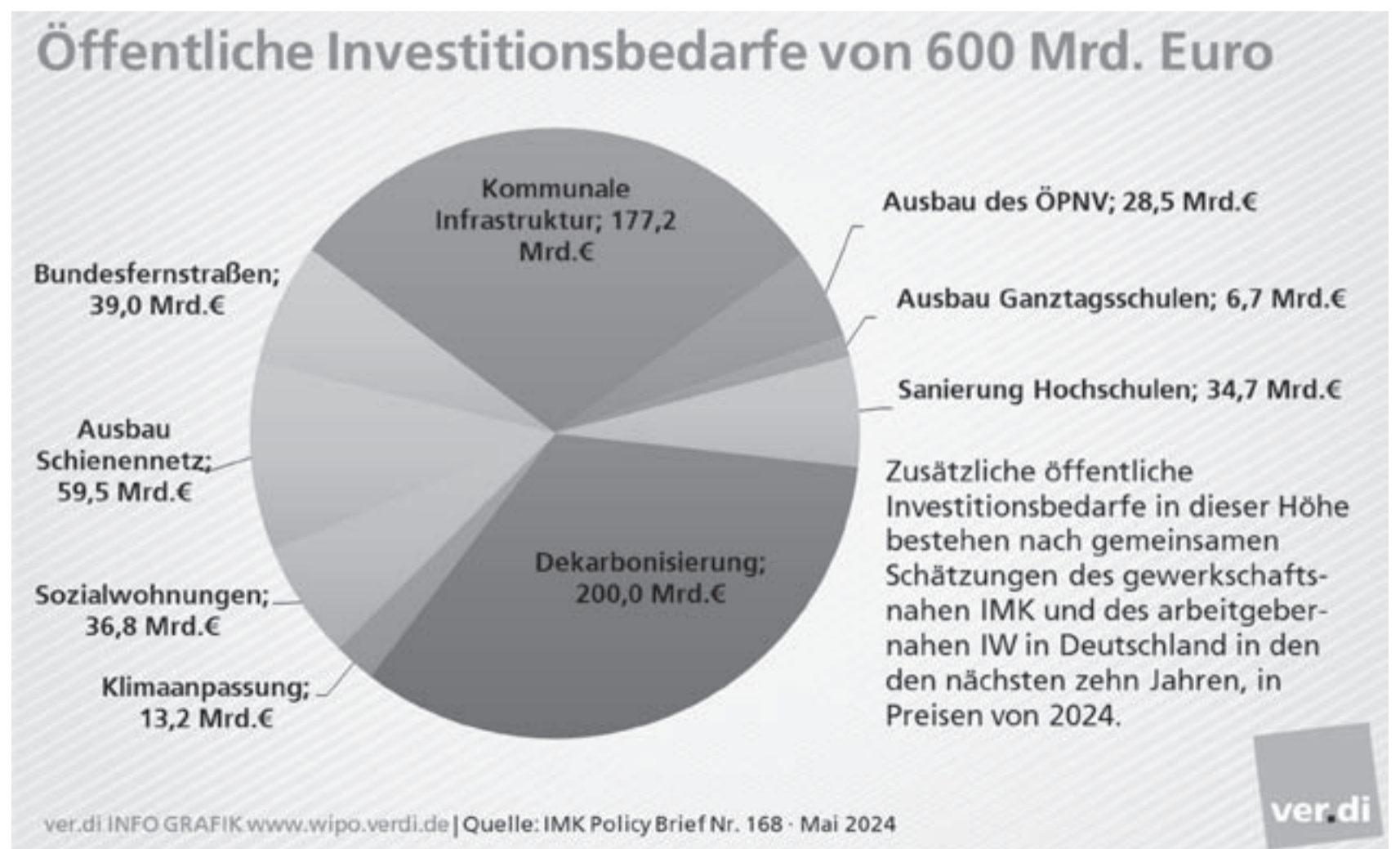
Ralf Krämer

Für die nächsten Jahre reichen die bisherigen und geplanten staatlichen Ausgaben bei weitem nicht aus, um den aufgestauten Investitionsbedarf sowie weitere Betriebsausgaben für die Erhaltung der Infrastruktur, des Sozialstaats und eine sozial-ökologische Transformation zu finanzieren.

Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und das arbeitgebernahe Institut für Wirtschaft (IW) nennen gemeinsam einen Investitionsbedarf von 600 Mrd. Euro in den nächsten 10 Jahren, d.h. 60 Mrd. Euro im Jahr. Darin sind die notwendigen zusätzlichen personal- und anderen Betriebskosten noch nicht enthalten, ebenso wenig wie weitere Subventionierungen der Industrie (Strompreise, Umbau auf Wasserstoff usw.).

Ab 2028 müssen zudem die Corona-Schulden und ab 2031 die Kredite des Bundeswehrfonds (100 Mrd. „Sondervermögen“) und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds getilgt werden. Dieses Geld muss aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden und verringert die Spielräume für andere Ausgaben.

Dieses ist vor dem Hintergrund eines breiten Konsens in Regierung und Union für Aufrüstung und Ausgaben für die Ukraine zu sehen, trotz des vorhandenen Streits um Schuldenbremse, Sozialpolitik



und Steuerpolitik. Die AfD zieht Antikriegskräfte an, ist aber pro Aufrüstung, Militarisation und Sozialabbau.

Gewerkschaften blenden Militärausgaben völlig aus, Die IG Metall

ist sogar teilweise für Aufrüstung, wobei gewerkschaftliche Beschlüssen ignoriert werden. Sozial- und Umweltverbände blenden die Militärausgaben ebenfalls aus.

Friedenskräfte müssen den Ge-

gensatz „Militär oder Sozialstaat“ sowohl innerhalb ihrer eigenen organisatorischen Strukturen wie auch bei ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit stärker zum Thema machen.

Ralf Krämer arbeitet beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di im Bereich Wirtschaftspolitik

Infos: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

Der Ukrainekrieg hätte bei Einhaltung des Völkerrechts verhindert werden können

Michael von der Schulenburg

Mit dem Ukrainekrieg müssen wir uns erneut die vielleicht wichtigste Frage für eine friedliche Zukunft der Menschheit stellen: kann es eine Welt geben, in der Frieden und eine internationale Ordnung durch gemeinsame Vereinbarungen unter Staaten garantiert wird, oder wird es nur eine Ordnung geben können, die durch die militärische, wirtschaftliche und politische Gewalt einer Hegemonialmacht durchgesetzt werden kann? Das ist eine Frage, ob wir in einer Welt des Völkerrechts oder doch in einer Welt des Rechts des Stärkeren leben werden. Hier dazu einige Gedanken.

Im Ukrainekrieg präsentieren sich die NATO-Länder als die Verteidiger des Völkerrechts und einer nicht näher definierten „internationalen Ordnung“ gegen ein Russland, das mit der Invasion in der Ukraine das Völkerrecht in eklatanter Weise gebrochen hat und damit die internationale Ordnung zerstört. Nur ist das auch so einfach? Oder ist es nicht eher so, dass alle Kriegsparteien, und dazu gehören dann auch die USA und ihre NATO-Verbündeten, das Völkerrecht wiederholt gebrochen, ja missbraucht haben?

Und nicht nur das. Mit der Einhaltung des existierenden Völkerrechts durch alle Konfliktparteien hätte dieser Krieg verhindert werden können. Unermessliches menschliches Leiden mit dem Tod sowie den physischen und seelischen Verstümmelungen hunderten Menschen auf beiden Seiten der Front wäre vermieden worden. Die Ukraine wäre nicht durch Zerstörung, interne Zerrissenheit, Verarmung, Verschuldung und einer verstärkt einsetzenden Entvölkerung an den Rand des Kollapses getrieben worden und bestünde

weiterhin in den Grenzen von 1991. Und die Menschheit sähe sich nicht dem vielleicht größten Risiko eines nuklearen Konflikts seit dem Kalten Krieg ausgesetzt.

In diesem Beitrag soll nicht entschieden werden, wann dieser Krieg begann, oder wer die Hauptschuld für diesen Krieg trägt. Doch soll hier am Beispiel des Ukrainekrieges auf die entscheidende Bedeutung eines auf der UN-Charta aufbauenden Völkerrechts zur Erhaltung einer friedlicheren Weltordnung hingewiesen werden. Wenn wir einen globalen Frieden ohne Waffengewalt erreichen wollen, geht das nur über den Weg eines allgemein akzeptierten Völkerrechts.

Der Vorwurf des Völkerrechtsbruches

In den NATO-Ländern beherrscht der Vorwurf des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands und das daraus folgende Recht auf Selbstverteidigung alle Diskussionen zum Thema Ukrainekrieg. Es ist diese nicht weiter hinterfragte Berufung auf das Völkerrecht, mit der die NATO-Staaten ihre militärische Rolle im Ukrainekrieg rechtfertigen.

Der Vorwurf der Völkerrechtswidrigkeit bezieht sich auf die UN-Charta. Und es ist richtig; in der Charta haben sich alle Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, keine militärische Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen (Artikel 2/4) und im Falle eines Angriffs wird jedem Mitgliedsstaat das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung eingeräumt (Artikel 51). Die russische Invasion in der Ukraine war somit völkerrechtswidrig. Das berechtigt die Ukraine, sich zu verteidigen und die NATO-Staaten, die Ukraine dabei militärisch zu unterstützen.

Nur: Kann man mit der UN-Charta auch rechtfertigen, über mehrere Jahre einen Krieg zu führen, der in der Zerstörung des angegriffenen Staates enden könnte? Und berechtigt dies auch zu einer Ausweitung des Krieges auf Russland mit dem Risiko, einen nuklearen Weltkrieg vom Zaun zu brechen? Und das alles, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, den Konflikt, der zu diesem Krieg geführt hat, friedlich zu lösen? Wohl kaum! Denn Sinn und Zweck der UN-Charta ist es ja, der Menschheit den Frieden zu erhalten und nicht etwa Kriege zu rechtfertigen. So beginnt die Präambel der UN-Charta auch mit dem Aufruf: „WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCHLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, ...“. Das sollte doch auch für den Ukrainekrieg gelten.

Das Friedensgebot der UN-Charta

Es ist eben das Friedensgebot der UN-Charta, dass ein Gewaltverbot miteinschließt – und nicht umgekehrt. So heißt es auch gleich am Anfang der Charta, dass es das Ziel der Vereinten Nationen ist, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren ... und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen; ...“. (Artikel 1/1). Ähnliche Aufforderungen, Konflikte durch Verhandlungen beizulegen, finden sich mehrfach in der Charta.

Das ist im Falle des Ukrainekonflikts allerdings nicht geschehen. Dabei handelt es sich hier um einen

seit langem bekannten zwischenstaatlichen Konflikt gegensätzlicher Sicherheitsinteressen (und nicht um eine ‚Vorgeschichte‘, wie oft verharmlosend in Deutschland behauptet wird). Es ist daher ein typischer Konflikt, der im Sinne der UN-Charta diplomatisch hätte gelöst werden sollen – und auch hätte gelöst werden können! Denn bereits seit 1997 hatte Russland wiederholt klar gemacht, dass es eine Ausweitung der NATO in die Ukraine und ins Schwarze Meer direkt an seinen Grenzen als existenzielle Bedrohung ansehe. Russische Verhandlungsangebote wurden aber von den USA und NATO-Staaten verweigert. Im Gegenteil; seit 2008 hat die NATO mit allen Mitteln auf eine Mitgliedschaft der Ukraine hingearbeitet und dabei den Druck auf Russland erhöht. Alle Verträge über Rüstungsbeschränkungen und vertrauensbildende Maßnahmen mit Russland wurden gekündigt und Russlands nukleare Zweitschlagfähigkeit durch Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen eingeschränkt. Die NATO hielt wiederholt militärische Manöver auf ukrainischem Territorium und im Schwarzen Meer ab und unterstützte 2014 offen den bewaffneten Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, um so eine pro-NATO Regierung in Kiew einzusetzen. Mit dem Minsker Abkommen hatte der Westen wohl auch keine Lösung des Konfliktes, sondern nur Zeit für die Aufrüstung der Ukraine gewinnen wollen. Damit hatten die NATO-Staaten einen Weg eingeschlagen, der eine friedliche Lösung, wie in der UN-Charta vorgeschrieben, zunehmend unmöglich machte.

Das Argument, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sei kein Verhandlungsgegenstand, da die Ukraine ihre Sicherheitsvereinbarungen frei wählen könne, ist so ebenfalls nicht richtig. Denn in der OSZE-Charta von Paris für ein Neues Europa – auch das ist ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag – erklärten bereits im Jahr 1990 alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada: „Sicherheit [auf dem europäischen Kontinent] ist unteilbar und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen Staaten verbunden“. Im Istanbul Dokument der OSZE von 1999 wurde das noch weiter präzisiert: „Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich [gemeint sind Sicherheitsvereinbarungen] die Rechte aller anderen achten. Sie werden ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen.“

Die Verhinderung einer friedlichen Lösung

Sollte es zu einem Krieg gekommen sein, sind UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet, durch Verhandlungen eine friedliche Lösung zu finden. Im Falle des Ukrainekrieges ha-

ben Russland und die Ukraine sich daran auch gehalten. Bereits drei Tage nach Beginn der russischen Invasion hatten sich russische und ukrainische Verhandlungsteams getroffen und schon sechs Wochen später hatten sich beide Seiten in Istanbul am 29. März 2022 auf ein Zehn-Punkte-Communiqué geeinigt, das das Grundgerüst für einen allumfassenden ukrainisch-russischen Friedensvertrag darstellte.

Das Communiqué führte dann aber nicht zu einem Friedensvertrag. Denn bereits wenige Tage zuvor, am 24. März 2022, hatte die NATO auf einem Sondergipfel in Brüssel klargemacht, dass sie derartige Friedensverhandlungen nicht unterstützen werde. Als Präsident Selenskyj dennoch am Istanbul Communiqué festhielt, machte der britische Premierminister Boris Johnson bei einem Überraschungsbesuch in Kiew am 9. April 2022 den Ukrainern unmissverständlich klar, dass sie jede Unterstützung des Westens verlieren würden, sollten sie einen Friedensvertrag mit Russland unterzeichnen.

Am 26. April 2022 erklärte dann noch der US-Verteidigungsminister, Lloyd Austin, dass das Ziel der USA im Ukrainekrieg nun sei: „Wir wollen Russland derart schwächen, dass es nie mehr in der Lage sein wird, Dinge zu tun, wie eine militärische Invasion der Ukraine“. Damit haben die USA nun auch ein politisches Ziel im Ukrainekrieg formuliert, dass sie mit militärischen Mitteln durchsetzen wollen. Tun sie hier nicht genau das, was sie gerade Russland vorwerfen? Die Konsequenz war nun aber, dass jede Möglichkeit eines frühen und umfassenden Friedens vertan war und die Ukraine in einen Krieg versank, der nun ihre gesamte Existenz gefährden könnte.

Hätten sich die NATO-Staaten im Sinne der UN-Charta hinter die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen vom März/April gestellt, hätte dieser Krieg spätestens nach zwei Monaten beendet werden können – und das zu erheblichen besseren Bedingungen für die Ukraine, als dies heute noch möglich wäre.

Das Prinzip gegenseitiger Souveränität

Die gegenseitige Anerkennung der staatlichen Souveränität war ein Eckpfeiler der Friedensregelungen des Westfälischen Friedens und ist es bis heute geblieben. In der UN-Charta ist das unter dem Begriff der „souveränen Gleichheit“ (im Originaltext: „principle of sovereign equality“ in Artikel 2/1) verankert. Das bedeutet, dass jeder Staat das Recht hat, seine politische Ordnung selbst zu wählen und seine inneren Angelegenheiten dementsprechend selbst zu regeln ohne Einmischung anderer Staaten. Dieses Prinzip ist im Ukrainekonflikt eklatant verletzt worden.

Nach Aussage der damaligen amerikanischen Staatssekretärin für Außenpolitik Victoria Nuland hatten die USA bereits vor 2014 fünf Milliarden Dollar in die „West-Orientierung“ des Landes investiert. Für eines der ärmsten Länder Europas war das eine riesige Summe. Sehr wahrscheinlich ist sogar, dass es sich um viel höhere Beträge handelte, wie Gelder anderer westlicher Staaten sowie deren Geheimdienste und privater Stiftungen. Auch

Anzeige

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Georg Auernheimer

Die strategische Falle

Die Ukraine im Weltordnungskrieg

Paperback
191 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-822-5



Johannes Zang

Kein Land in Sicht?

Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg

Paperback
279 Seiten | € 19,90
ISBN 978-3-89438-835-5

Wurde der ukrainische Nationalismus, vom Westen mit dem ›Euro-Maidan‹ gefördert, für Russland zur strategischen Falle? Griff hier, wie bei der einstigen Bewaffnung der Mudschahedin, das ›Modell Afghanistan‹ (Hillary Clinton)? Der Band nimmt Ursachen des russischen Angriffs, den Kriegsverlauf und globale Langzeitfolgen in den Blick.

Mosaikartig skizziert der Journalist Johannes Zang Geschichte und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst rund 30 Mal besuchte. Er geht Ursachen und Folgen des Massakers vom 7. Oktober 2023 und des anhaltenden Krieges nach – gewidmet jenen israelischen und palästinensischen Stimmen, die allzu lange in den Wind geschlagen wurden.



haben westliche Politiker – der damalige deutsche Außenminister Westerwelle gehörte dazu – sich immer wieder unter die zum Teil bewaffneten Demonstranten auf dem Kiewer Maidan-Platz begeben und ihnen ihre Unterstützung zugesagt – ein geradezu einzigartiger Vorgang, den kein westliches Land für sich akzeptieren würde.

In einem abgehörten Gespräch von Nuland mit dem damaligen US-Botschafter in Kiew wurde sogar besprochen, welchen besonders US-freundlichen Politiker man nach einem gelungenen Umsturz zum ukrainischen Ministerpräsidenten machen solle. Und genauso passierte es dann auch. Dass mit Janukowych ein demokratisch gewählter

Präsident abgesetzt wurde, der aus nationalen Wahlen hervorging, die von der OSZE und EU damals als frei und fair bezeichnet wurden, schien im Westen niemanden zu stören. Ohne diese völkerrechtswidrige Einmischung in die internen Angelegenheiten wäre es wahrscheinlich zu keinem illegalen Umsturz, zu keinen Unruhen in vielen Teilen der Ukraine und zu keiner Abspaltung der Krim und des Donbas gekommen.

Das Universalitätsprinzip

Aber das vielleicht Erstaunlichste am westlichen Vorwurf, Russland führe einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, ist der Umstand, dass

gerade die USA und ihre NATO-Verbündeten seit dem Ende des Kalten Krieges wiederholt selbst völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt haben. Uns sind noch die völkerrechtswidrigen Kriege gegen Serbien (1999), gegen den Irak (2003), gegen Libyen (2011) und gegen Syrien (2014) bekannt. Weniger bekannt ist, dass zwischen 1992 und 2022 die USA 251-mal militärisch in anderen Staaten interveniert hatten (nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses). Dabei sind CIA-Operationen und Unterstützungen in Stellvertreter-Kriegen nicht einmal eingerechnet. Es ist wohl anzunehmen, dass die überwiegende Mehrzahl dieser Interventionen

nicht vom Völkerrecht gedeckt war. Der Hegemonialanspruch der USA, der auf militärischer Stärke aufbaut, verträgt sich eben nicht mit einer UN-Charta, welche die souveräne Gleichberechtigung der Völker und das Friedensgebot zur Grundlage hat.

Ein Völkerrecht macht aber nur Sinn, wenn es universell ist – also für alle Staaten gleichermaßen gilt. Durch die vielfachen völkerrechtswidrigen Interventionen von NATO-Staaten wurde das Völkerrecht schon lange vor Russlands Angriff auf die Ukraine ausgehebelt und so scheint der heutige Vorwurf an Russland unehrlich und fragwürdig. Im Westen haben wir uns leider daran gewöhnt, unterschiedliche

Standards für uns und „die anderen“ zu akzeptieren. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass man in NATO-Staaten gerne von einer fiktiven „regelbasierten internationalen Ordnung“ und nicht mehr von einem Völkerrecht spricht.

Führt eine Zeitenwende zurück zum Völkerrecht?

Nun haben sich die Zeiten aber geändert und die USA sind längst nicht mehr die alleinige militärische, wirtschaftliche, technologische und damit politische Supermacht, die sie vor 30 Jahren noch waren. Heute werden die USA – und mit ihr ihre europäischen Alliierten – die Macht mit anderen Staaten der Welt teilen müssen. Die Welt ist bereits multipolarer geworden.

Und der damals herrschende Glaube, die USA würden als eine Kraft des Guten und des Fortschritts durch ihre militärische Macht eine globale Ordnung schaffen, in der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Aufschwung herrschten, hat sich nicht erfüllt. Keine der 251 militärischen Interventionen, keine der CIA-Operationen und keine der Waffenlieferungen in Stellvertreterkriegen haben je Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder wirtschaftlichen Wohlstand geschaffen. Sie haben nur Chaos, Anarchie, wirtschaftlichen und sozialen Ruin und unermessliches menschliches Leiden hervorgerufen. Der Ukraine steht wohl ein ähnliches Schicksal bevor. Hegemonialansprüche und Waffen bringen eben keine Ordnung und keinen Frieden.

Vielleicht wird gerade dieser sinnlose und unmenschliche Ukrainekrieg uns zu der Überzeugung bringen, dass die UN-Charta, die in dem gemeinsamen Gelöbnis aller 193 Mitgliedsstaaten von „Nie wieder Krieg“ und „Menschlichkeit“ gipfelt, eine gleichberechtigtere, bessere und friedlichere Zukunft für die gesamte Menschheit verspricht. Wir alle müssen uns nur noch daran auch halten wollen!

Michael von der Schulenburg, Mitglied des EU-Parlaments seit Juli 2024 (BSW), Unterstützer der deutschen Friedensbewegung und ehemaliger Assistant Secretary-General der Vereinten Nationen, floh 1969 aus der DDR, studierte in Berlin, London und Paris, arbeitete und lebte über 34 Jahre in Friedens- und Entwicklungsmissionen der Vereinten Nationen und kurz der OSZE in vielen Ländern, die durch Kriege, durch Konflikte mit bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren oder durch ausländische Militärinterventionen geschwächt und zerrissenen waren. Seit 1992 war er in leitender Funktion dieser Friedens- und Entwicklungsmissionen. Zu diesen gehörten langfristigen Einsätzen in Haiti, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak und Sierra Leone sowie kürzere Einsätze in Syrien, in Somalia, auf dem Balkan, in der Sahelzone und in Zentralasien. Seit seiner Pensionierung hat Schulenburg viele Vorträge in akademischen Institutionen inkl. Oxford gehalten und Artikel zu Themen geschrieben wie UN-Reformen, nicht-staatliche bewaffnete Akteure, Kriege innerhalb von Staaten aber auch über die Kriege in Afghanistan, Irak und Ukraine. 2017 erschien sein Buch *On Building Peace – Rescuing the Nation-State and Saving the United Nations*, AUP. www.michael-von-der-schulenburg.com

Interview mit Moshe Zuckermann

Wohin steuert Israel?

ZgK: Offiziell wird immer noch an der Zwei-Staaten-Lösung für Israel-Palästina festgehalten, z.B. auch von der deutschen Bundesregierung. Sie selbst haben bereits seit langen Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Forderung durch die teils geduldete und teils offiziell betriebene Siedlungspolitik im Westjordanland in der Realität bereits überholt ist. Welche Wirkung hat nun der jüngste Grundsatzbeschluss der Knesset in Israel, dass es keinen palästinensischen Staat geben dürfe? Selbst die deutsche Bundesregierung hat dieses kritisiert.

Moshe Zuckermann: Das sind zwei verschiedene Frageebenen. Dass das israelische Parlament insgesamt, Regierung und Opposition, keinen palästinensischen Staat zulassen will, ist nicht neu. Niemand in Israel (mit Ausnahme der arabischen Parteien und einer verschwindenden Minderheit von Linken) redet heute von der Okkupation, geschweige denn von einem souveränen palästinensischen Staat. Das Thema ist von der politischen Tagesordnung Israels wie weggefedert. Wenn man aber die Lösung des Nahostkonflikts zumindest theoretisch anvisiert, so kommt man – als erstem Schritt! – an der Zwei-Staaten-Lösung nicht vorbei. Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser kann nicht hinterfragt werden. Aber genau diese Lösung, die nicht zuletzt mit Räumung der okkupierten Gebiete und Beendigung der Besatzung einher zu gehen hätte, ist ja von Israel durch die systematische Besiedlungspolitik strukturell verunmöglicht worden. Der letzte Knesset-Beschluss drückt dieser Sackgasse lediglich den zionistisch-ideologischen Stempel auf.

ZgK: Der Gazakrieg mit Massakern an der Zivilbevölkerung dauert an. Gleichzeitig scheint man seitens der israelischen Regierung kein Problem mit einem Mehrfrontenkrieg zu haben, der sich über Gazastreifen und Libanon hinaus zu einem regionalen



„Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ Wandbild, gemalt in London im Februar 2024

Großkonflikt entwickelt. Wohin steuert die israelische Politik? Ist Netanjahu innenpolitisch zu stoppen?

Moshe Zuckermann: Die israelische Politik weiß selbst nicht, wohin sie steuert. Das ist nicht zuletzt daran ablesbar, dass man sich weigert, über den „Tag danach“ zu sprechen. Die Ausrede ist der noch immer herrschende Kriegszustand. Aber der Krieg wird ja von Israel bewusst perpetuiert; vorgeblich, um den „totalen Sieg“ zu erringen, in Wahrheit aber, um ein Eigeninteresse Netanjahus zu wahren. Solange der Krieg andauert, gibt es keine staatliche Untersuchungskommission über den 7. Oktober, keine Neuwahlen, ja selbst der Fortgang des Netanjahu-Prozesses [wegen *Korruption, Betrugs und Veruntreuung – Anm. d. Red.]* kann verzögert werden. Netanjahu will also den Krieg, um seine Macht und Herrschaft zu erhalten. Zu diesem Zweck hat er mit seinen Koalitionspartnern die adäquaten Verbündeten. Aus je eigenen Parteiinteressen und ideologischen Bestrebungen sind

auch sie alle am Fortbestand der Regierungskoalition und also auch an der Perpetuierung des Krieges interessiert.

ZgK: Die internationalen Reaktionen auf den Gazakrieg zeigen sich u.a. im IGH-Urteil zum Vorwurf des Völkermords, dem IStGH-Haftbefehl gegen Netanjahu und den Massenprotesten gegen Israels Kriegführung auch in westlichen Ländern. Ist das in Israel innenpolitisch relevant? Spielen bereits erkennbare ökonomische Verwerfungen dabei auch eine Rolle?

Moshe Zuckermann: In Israel macht sich dies nicht bemerkbar, weil man geneigt ist, den Vorwurf des Völkermordes wie auch andere Urteile des IGH als antisemitisch abzuschmettern. Selbst viele der Netanjahu-Gegner betrachten die Haftbefehle gegen ihn und andere Figuren der Staats- und Militärführung eher als Anmaßung, denn als etwas, das sie öffentlich goutieren könnten. In den sozialen Medien schöpfen die Netanjahu-Hasser, deren es in Israel viele gibt, scha-

denfrohen Genugtuung aus diesen juristischen Vorwürfen, die aber bis dato keine praktischen Wirkungen gezeitigt haben. Überhaupt scheint es, dass die „von außen“ kommenden Vorwürfe gegen den Staat und seine Repräsentanten eher eine Konsolidierung der israelischen BürgerInnen gegenüber „der Welt“ bewirkt. Ein Pseudopatriotismus ist da am Werk, ungeachtet der Tatsache, dass viele im Land die Auflösung der Koalition und die Bestrafung der für den 7. Oktober Verantwortlichen herbeisehnen. Die ökonomischen Verwerfungen haben bislang keine gravierende innenpolitische Reaktion gezeitigt. Solange der Krieg anhält, wird man sich mit einer Kritik zurückhalten.

ZgK: Abschließend nochmals eine Frage, die Sie selbst seit Jahrzehnten immer wieder gestellt bekommen haben: Was können wir hier in Deutschland tun im Lichte aktueller Entwicklungen? Mit welchen oppositionellen Kräften in Israel kann man sich solidarisieren? Welche Rolle können jüdische Stim-

men in Deutschland dabei spielen?

Moshe Zuckermann: Ich bin fast geneigt zu sagen: Nichts können Sie in Deutschland tun. Das einzige, was mir in den Sinn kommt, ist eine ernstzunehmende Kritik am Postulat, dass Israels Sicherheit Teil der deutschen Staatsräson sei. Solange man sich in Deutschland keine Rechenschaft darüber abgelegt hat, mit was für einem Israel man es realiter zu tun hat, sollte man sich einer unhinterfragbaren A-priori-Unterstützung Israels auf keinen Fall verschreiben.

Moshe Zuckermann lebt in Tel Aviv. Er ist dort aufgewachsen als Sohn polnisch-jüdischer Holocaust-Überlebender. Seine Eltern emigrierten 1960 nach Frankfurt am Main. Nach seiner Rückkehr nach Israel 1970 studierte er in Tel Aviv und leitete das Institut für deutsche Geschichte. 2018 wurde er emeritiert. Die Fragen für die ZgK stellte Karl-Heinz Peil.

Kamala Harris: Keine Hoffnungsträgerin

Joseph Gerson

Kamala Harris ist eine ehemalige Staatsanwältin in Kalifornien und war vier Jahre lang Senatorin, bevor sie Vizepräsidentin wurde. Sie hat wenig Erfahrung in der Außen- und Militärpolitik und als Senatorin konzentrierte sie sich auf Fragen der Gerechtigkeit für Schwarze und andere People of Color. Es heißt jedoch, dass sie an jeder Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates teilgenommen hat, seit sie Vizepräsidentin ist. Es wurde nicht berichtet, dass es zwischen ihr, Biden und Bidens ranghöchsten Beratern zu Differenzen gekommen ist. Wenn sie Trump besiegen sollte, ist eine Kontinuität der Politik der Ära Biden und die Abhängigkeit von ihren Beratern zu erwarten.

Harris hat die Ukraine in ihrem Krieg gegen Russland in vollem Umfang unterstützt und steht voll



Viele Menschen in den USA hoffen darauf, dass Kamala Harris Trump als Präsidenten verhindern kann.

hinter der NATO-Politik.

Seit Beginn des Gaza-Krieges ist sie größtenteils im „Gleichschritt“ mit Biden. Sie hat ihre Unterstützung für Israel, sein Recht auf Selbstverteidigung und die Dringlichkeit der Freilassung der als Geiseln gehaltenen Israelis bekräf-

tigt. Im März rief sie öffentlich zu einem Waffenstillstand auf. Sie wurde mit den Worten zitiert: „Die Bilder toter Kinder und verzweifelter, hungriger Menschen, die auf der Flucht sind, manchmal zum zweiten, dritten oder vierten Mal vertrieben – wir können angesichts

dieser Tragödien nicht wegschauen“, sagte sie und fügte hinzu: „Ich werde nicht schweigen.“ Seit Bidens Rückzug von der Wahl hat sie sich noch deutlicher zum Thema Gaza geäußert und unter anderem Netanjahus Rede vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses boykottiert.

Im Einklang mit Biden und Trump hat Harris über die chinesische „Bedrohung“ für die Interessen der USA und ihrer Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum gewarnt. Sie hat das aggressive Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer verurteilt. Sie bekräftigte auch die inoffizielle Verpflichtung Washingtons, Taiwan gegen chinesische Aggressionen zu verteidigen.

Harris hat Bidens massive Erhöhung der Militärausgaben nicht beanstandet, obwohl wir nicht erwarten sollten, dass sie sich Trumps Forderung nach einer gigantischen Erhöhung der Militärausgaben für Hightech- und Atomwaffen anschließen wird.

Joseph Gerson ist seit den 1960er Jahren in der US-Friedensbewegung aktiv und u.a. Vizepräsident des International Peace Bureau (IPB).

Interview mit Boniface Mabanza

Die EU und Afrika: Eine ungleiche Beziehung

ZgK: In vielen afrikanischen Ländern gibt es derzeit Umbrüche, insbesondere, was das Verhältnis zur EU bzw. EU-Staaten betrifft. Die sogenannten Freihandelsabkommen, (EPA: Economic Partnership Agreement) bereits vor Jahren abgeschlossen, sind dabei in der Kritik. Wie stellt sich das aus Sicht der ehemaligen europäischen Kolonien dar? Ein klassisches Beispiel ist wohl der häufig kritisierte Export von billigem Geflügelfleisch nach Westafrika.

Boniface Mabanza: Die EU-Kommission bediente das Narrativ, die EPAs seien ein Instrument der Entwicklung. Im Vergleich zwischen Ländern, die die EPAs unterzeichnet haben, und solchen, die nicht Teil der Abkommen sind, kann man nicht sagen, dass die mit Verträgen besser dastehen. Mosambik und Sambia haben einen etwa ähnlichen Status, doch betreibt Mosambik nach Unterzeichnung der EPAs immer noch nicht mehr Handel als Sambia, das kein Abkommen hat.

Unsere Beobachtungen sind, dass die meisten Länder nicht die Produktionskapazitäten oder Instrumente haben, um von diesen Abkommen wirklich Gebrauch zu machen. Die alten Handelshemmnisse, die dazu führten, dass diese Länder wenig in die EU exportieren konnten, bleiben bestehen. Lediglich spezielle Exportmärkte können bedient werden, wie in Südafrika, wo von weiß dominierten Farmen Früchte, Ethanol oder Wein für den europäischen Markt produziert werden.

ZgK: Die deutsche Politik bemüht sich um sogenannte Energiepartnerschaften vor allem mit afrikanischen Ländern. Importe von nicht-fossilen Energieträgern wie Wasserstoff sind fest eingeplant, um die deutsche



Antikoloniales Plakat aus den 1960er-Jahren: „Die Entkolonialisierung Afrikas ist unumkehrbar“.

Wirtschaft „klimaneutral“ umzubauen. Dazu sollen z.B. in Namibia Produktions-Infrastrukturen mit Wind- und Solarparks geschaffen werden, um

grünen Wasserstoff für den Export zu schaffen. Steht dahinter eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“, wie es Wirtschaftsminister Habeck formulierte?

Boniface Mabanza: Angesichts der Energiearmut in vielen afrikanischen Ländern ist es geradezu pervers, dass europäische Unternehmen in ein Land wie Namibia gehen und dort Ressourcen verbrauchen, um Energie für den Export zu produzieren.

Solche Projekte sollten zuerst den Energiebedarf in Afrika decken. Es wäre auch an der Zeit, Wertschöpfungsketten von Europa nach Afrika zu verlagern. Das heißt, es wird nicht Energie für die EU produziert, sondern Energie in Afrika für Afrika – und die Technologie und Infrastruktur für die Verarbeitung weiterer Rohstoffe wird in Afrika gefördert.

Es wäre doch logisch, die Produktion dorthin zu verlagern, wo die Rohstoffe und Energiequellen sind – anstatt grünen Wasserstoff in einem sehr komplizierten Verfahren in Derivate umzuwandeln, um ihn in die EU zu transportieren und hier wieder in grünen Wasserstoff zurück zu wandeln.

ZgK: Ein Dauerthema, obwohl in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen, ist der Rohstoff Coltan, gewonnen vor allem im Bergbau in der Demokratischen Republik Kongo. Wie hängt das mit der bereits seit Jahrzehnten vorhandenen Kriegssituation im Osten des Landes zusammen?

Boniface Mabanza: Paul Kagame, der Präsident Rwandas, instrumentalisiert im Ostkongo so genannte „Rwandophonen“, um Territorien und wertvolle Ressourcen wie Coltan und Gold zu kontrollieren. Die von ihm bewaffneten und kontrollierten Gruppen beherrschen den Zugang zu und die erste Stufe des Handels mit wertvollen mineralischen Ressourcen, die letztlich

Einzug in unsere elektronischen Unterhaltungsgeräte finden.

ZgK: Der innenpolitische Diskurs in Deutschland wird seit Februar 2022 sehr stark von dem Ukraine-Krieg bestimmt. Welche Wahrnehmung hat man davon in afrikanischen Ländern, angesichts von Kriegen in eigenen Ländern, die in Deutschland kaum wahrgenommen werden?

Boniface Mabanza: Ich selbst habe in letzter Zeit viele Anfragen erhalten, in öffentlichen Veranstaltungen den Russland-Ukraine-Krieg und jüngst den Israel-Palästina-Krieg aus afrikanischer oder noch weiter aus der Perspektive des globalen Südens zu analysieren.

Während in Deutschland der Ukraine-Krieg als Störung einer bis dahin vermeintlichen Normalität wahrgenommen wird, ringen vor allem afrikanische Länder um eine Normalität, die sich nicht nur gegen die Allgegenwart von Kriegen und die damit unmittelbar verbundenen Versorgungskrisen richtet. Dass solche Kriege wie im Ostkongo hier kaum wahrgenommen werden, zeigt die Doppelstandards, mit denen wir gleiche Wirklichkeiten messen.

Die unfaire Handelspolitik ist ein Beispiel der langwierigen Ungerechtigkeiten, um zu verstehen, warum viele Länder Afrikas und des globalen Südens die Haltung der EU und der USA im Russland-Ukraine-Konflikt nicht teilen, geschweige denn unterstützen.

Meine Botschaft lautet:

Zur Heilung der internationalen Beziehungen gehört mehr als nur das Schweigen der Waffen in den vermeintlich akuten Konfliktherden, sondern auch die Auseinandersetzung mit Kriegen, die mit zivilen Mitteln geführt werden.

Dr. Boniface Mabanza ist Philosoph, Literaturwissenschaftler und Theologe. Seit 16 Jahren ist er Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) bei der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg. Er ist in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, geboren und aufgewachsen. Die Fragen für die ZgK stellte Karl-Heinz Peil.

Friedensdemonstration in München am 12. Oktober

Agnes Kottmann

Als erste große DGB-Gewerkschaft ruft ver.di München zu einer Kundgebung gegen Sozialabbau und Hochrüstung auf. Am 12. Oktober 2024 ab 14 Uhr auf dem Münchner Odeonsplatz geht es um „Frieden, Klimaschutz und Milliardeninvestitionen in ein gutes Leben für alle – statt Hochrüstung, Militarisierung und soziale Spaltung.“ Unter dem Kampagnen-Logo „Soziales rauf - Rüstung runter“ treten die Gewerkschafter*innen besonders ein für sozial Benachteiligte, Bedürftige und Schutzsuchende und gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung. Aber das Bundesressort, das auch künftig kräftig steigt, ist das der Verteidigung. Das heißt: Soziales, Klima, Kultur, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Integration, Verkehr bleiben auch in Zukunft noch mehr auf der Strecke. Das ist der Nährboden für die Stärkung von AfD und Rechtsextremismus.

Die GEW München als Mit-Unterstützerin protestiert insbesondere gegen das bayerische Bundeswehrgesetz: Hochschulen und Schulen sollen damit stärker militarisiert werden.

Der DGB München als Dach aller Einzelgewerkschaften beteiligt sich mit einem eigenen Aufruf. Der Landesvorstand der ver.di Bayern wirbt ebenfalls für die Demonstration. Außerdem mobilisieren die Münchner Friedensbewegung sowie friedensliebende Parteien und Organisationen, die sich auch gegen das Bashing von Geflüchteten und gegen rechts engagieren. Dito: demokratische Berufsverbände und gewerkschaftliche Betriebsgruppen.

Denn dieser Kurs von Sozialabbau und Hochrüstung muss rechtzeitig gestoppt werden: Wer aufrüstet, will auch Kriege führen können. Rüstung und Kriege sind zudem Klima-Killer. Und auch Menschheits-Killer: Entweder löscht uns der Klimahorror aus oder ein 3. Weltkrieg.



Die Kundgebung am 12. Oktober 2024 in München ist deshalb ein Auftakt vor allem für Bayern und

den Süden der Republik, um für „soziale und internationale Sicherheit“ zu demonstrieren.

Agnes Kottmann / AG DEMO des ver.di-Bezirksvorstands München / muenchen.verdi.de

Mittelstreckensysteme

Neue Rüstungsspirale mit Deutschland als „Hochwertziel“

Jürgen Wagner

Am 10. Juli 2024 platze eine sicherheitspolitische Bombe: In einer gemeinsamen Erklärung verkündeten Berlin und Washington, ab 2026 erneut US-Mittelstreckensysteme in Deutschland stationieren zu wollen. Konkret geht es um drei Waffensysteme: die Boden-Luft-Rakete SM-6, Tomahawk-Marschflugkörper und die in Entwicklung befindliche Hyperschallwaffe Dark Eagle.

Konsequenz aus US-Vertragskündigung

Obwohl solche Pläne immer wieder abgestritten wurden, sind sie augenscheinlich von langer Hand vorbereitet worden. Voraussetzung war die US-Aufkündigung des INF-Vertrages im Februar 2019, der Besitz, Test, Produktion und Stationierung landgestützter Waffensysteme mit einer Reichweite von 500km bis 5.500km untersagte. Begründet wurde dies mit der – zumindest strittigen – Anschuldigung, Russland habe zuerst mit seinem Marschflugkörper 9M729 den Vertrag verletzt.

Angesichts dieser ohne ersichtliche parlamentarische oder gar öffentliche Debatte präsentierten Entscheidung wird aktuell überall beschwichtigt, es sei alles halb so wild, schließlich handele es sich – anders als während der „Nachrüstung“ der 1980er Jahre – um konventionelle Systeme. Ganz abgesehen davon, dass diese Waffen zumindest potentiell teils auch nuklear bestückbar sind, besteht das eigentliche Problem darin, dass sie mit hohem Tempo sowie großer Manövrierfähigkeit und Präzision Ziele tief im russischen Raum, einschließlich in Moskau treffen können. Es handelt sich hier also um strategische Offensivwaffen, die gegen russische „Hochwertziele“ etwa in einem Enthauptungsschlag gegen die russische Führungsriege eingesetzt werden können.



Die Stationierungsorte von Marschflugkörpern und Hyperschallraketen sind zugleich auch Zielscheiben – das Hintergrundbild zeigt den Start einer solchen mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit fliegenden Rakete.

Dark Eagle: Neue Dimension

Jonas Schneider und Torben Arnold von der Stiftung Wissenschaft und Politik schreiben dazu: „Nicht nur die LRHW, auch die SM 6-Version der Army fliegen mit über fünffacher Schallgeschwindigkeit und sind im Zielanflug manövrierbar. Daher sind sie hocheffektiv gegen mobile Ziele und sehr schwer abzufangen, selbst für moderne Raketenabwehr. Die Dark Eagle ist mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit kaum zu stoppen. Mit dieser hohen Eindringfähigkeit sind beide Waffen ideal, um auch solche russischen Hochwertziele auszuschalten, die gezielt geschützt werden. Die überaus teure Dark Eagle ist wohl für die wertvollsten Ziele vorgesehen; die SM 6 bietet dazu eine günstigere

Alternative. Der Tomahawk fliegt zwar nur im Unterschallbereich, dafür aber extrem tief. Damit kann er oft unterhalb eines gegnerischen Radars bleiben und so der Luftabwehr entkommen.“

Die Folgen sind fatal, russische Gegenmaßnahmen werden nicht ausbleiben, warnt auch Brigadegeneral a.D. Helmut W. Ganser: „Aber allein diese Angriffsoption wäre

destabilisierend und gefährlich, weil Russland im permanenten Alarmzustand verharren würde und weil Fehlalarme im schlimmsten Fall zum Start von Atomraketen führen können. Überdies muss wohl davon ausgegangen werden, dass mit der Stationierung der Marschflugkörper und Hyperschallgleiter eine Verlängerung des 2026 auslaufenden New-Start-Vertrags mit Obergren-

zen für die strategischen Atomwaffen beider Seiten unmöglich wird.“

Zielscheibe: Kommandozentrale in Wiesbaden

Die Waffen sind Teil der im September 2021 in Dienst gestellten Multi Domain Task Force mit Sitz in der Clay-Kaserne in Wiesbaden. Ebenso unklar wie Kosten und Anzahl ist bislang noch der Stationierungsort, vermutlich wird es aber auf Grafenwöhr hinauslaufen. Damit wird Deutschland zu einem Hochwertziel im neuen Rüstungswettlauf, folgt unter anderem Oberst a.D. Wolfgang Richter, einer der führenden deutschen Rüstungskontrollexperten: „Wenn es zu einem Konflikt mit Russland kommt, wird man natürlich versuchen aus russischer Sicht diese Waffen zunächst einmal als Ziele auszuschalten. [...] Es gibt ja Kommandobehörden, die sogenannte Multi Domain Task Force hat ihren Sitz bereits in [...] Wiesbaden und das ist dann natürlich ein erstrangiges Ziel.“

Diese Pläne sollten also sofort gestoppt werden. Stattdessen aber kündigte MBDA, das Gemeinschaftsunternehmen von Airbus (Deutschland/Frankreich), BAE Systems (Großbritannien) und Leonardo (Italien), zu allem Überfluss auch noch die Entwicklung einer eigenen „Abstandswaffe“ (European Long-range Strike Approach, ELSA) mit einer Reichweite von über 2.000km an. Mit gutem Grund ergab deshalb eine erste Forsa-Umfrage von Mitte Juli 2024, dass 47 Prozent der Befragten der Ansicht sind, dass sich das Risiko für einen Konflikt mit Russland durch die Stationierungen vergrößert, nur 17 Prozent begrüßen die Ankündigung. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist also gegen die Stationierungen, es ist höchste Zeit dies der Regierung, auch in Form von Protesten zu zeigen.

Jürgen Wagner ist Geschäftsführer der Informationsstelle für Militarisation e.V. Infos unter www.imi-online.de

75 Jahre NATO

Proteste in Washington D.C.

Ann Wright

Am 6. und 7. Juli 2024 versammelten sich Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Washington D.C. zu den Konferenzen „No to NATO“ und „Resist NATO“, die zeitgleich mit den Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der NATO vom 9. bis 11. Juli 2024 stattfanden. Aktivisten aus den USA und Europa nahmen an Bildungsveranstaltungen, Diskussionen und friedlichen Protesten teil, um ihre Besorgnis über die Politik und die Maßnahmen der NATO zum Ausdruck zu bringen.

Diese Konferenzen, die am 6. Juli stattfanden, dienten den Aktivisten als Plattform für Diskussionen und Strategien gegen die militärische Präsenz und die Politik der NATO. Am Sonntag, dem 7. Juli, fand ein großer Marsch vor dem Weißen Haus statt, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die die Aktivisten in Bezug auf die Rolle der NATO als kriegführende Organisati-

on ausgemacht hatten.

Die Proteste und Veranstaltungen zielten darauf ab, die Wahrnehmung für Aktivitäten und Auswirkungen der NATO zu schärfen. Wichtigste Themen waren dabei die verstärkten NATO-Aktivitäten in Europa und die expandierende Agenda als „Globale NATO“ in Asien und speziell im pazifischen Raum. Die Aktivisten äußerten ihre Besorgnis über die militärischen Aktionen der NATO, ihre Rolle in globalen Konflikten und ihre Auswirkungen auf den internationalen Frieden und die Sicherheit.

„Anlässlich des 75. Jahrestages der NATO haben wir uns in Washington D.C. versammelt, um uns der militaristischen und interventionistischen Agenda der NATO zu widersetzen. Die Massenmobilisierung und die Konferenzen unterstreichen unser Engagement für Frieden und soziale Gerechtigkeit“, sagte David Swanson, Sprecher der Konferenz.

Während der offiziellen NATO-Treffen vom 9. bis 11. Juli sprachen

die Aktivisten so oft wie möglich mit den führenden Vertretern der NATO, um deren Politik in Frage zu stellen und sich für alternative Ansätze in den internationalen Beziehungen einzusetzen. Diskutiert wurden unter anderem die Präsenz der NATO in Europa und ihre jüngsten geopolitischen Verlagerungen in Richtung Pazifik und Asien.

NO to NATO und Resist NATO sind Basisbewegungen, die sich für Entmilitarisierung, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Diese Konferenzen und Proteste dienen als wichtige Plattformen für den Dialog und für Aktionen gegen die militärischen Strategien und die Politik der NATO.

Colonel Ann Wright diente 29 Jahre lang in der US-Armee bzw. als Reservistin und lebt in Hawaii. Sie ist u.a. Mitglied von Code Pink und dem internationalen Netzwerk „No to war – no to Nato – Nein zum Krieg – Nein zur Nato.“

+++ aktiv gegen krieg +++

Demonstration am Zentrum für Luftkrieg in Kalkar/Uedem

Am 21.9.2024, dem UNO-Weltfriedenstag findet an der Nato-Luftkriegs-Drehscheibe Kalkar/Uedem eine Demonstration für Abrüstung und Diplomatie statt. Die dortige Nato-Luftleitzentrale ist mit der Operationszentrale Luftwaffe der Bundeswehr, dem Nato-Luftverteidigungsgefechtsstand, dem Bundeswehr-Weltraumkommando sowie weiteren Nato-Zentren für den Krieg im 21. Jahrhundert eine Drehscheibe des Hightech-Krieges. Das der Nato unterstellte Combined Air Operations Centre steuert Großmanöver inklusive nuklearer 'Einsätze'. Laut dem Kommandeur der Luftwaffe koordiniert das Zentrum Luftoperationen auch die nuklearfähigen F-35, deren Stationierung in Büchel derzeit vorbereitet wird. Der heutige AfD-MdB Wundrak war von 2012 bis 2018 Kommandeur in Kalkar/Uedem.

Bernhard Trautvetter ist Aktivist im Essener Friedensforum
Weitere Infos: „Zukunft u. Frieden schaffen!“: <https://demo-kalkar.de/> und <https://nrw.dfg-vk.de/>

+++ engagiert für den frieden +++

Anfang der 1980er Jahre fanden in der Bundesrepublik Großdemonstrationen gegen die Stationierung von Pershing-Raketen statt. Sie waren ein Ausdruck für die Stärke der Friedensbewegung in der deutschen Zivilgesellschaft. In der damaligen DDR forderten ebenfalls viele Demonstranten, „Schwerter zu Pflugscharen“ zu machen. An diesen breiten Friedenswillen knüpfen wir an. Wir fordern ein Ende des Krieges. Wer uns und den Aufruf unterstützen will, kann das hier tun.

Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker · Reiner Braun, Int. Friedensbüro (IPB) · Anke Brunn, Landesministerin a.D. · Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin a.D. · Bärbel Dieckman, ehem. Präsidentin Welthungerhilfe · Ulrike Eifler, Gewerkschaftssekretärin · Michael Müller, Parlament. Staatssekretär a.D. · Helga Schwitzer, ehem. geschäftsf. Vorstand IG Metall · Jörg Sommer, Vorsitz. Deutsche Umweltstiftung · Willy van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag

PRESSEERKLÄRUNG

Nein zu Deutschland als Kriegspartei – Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!

Was unser Land braucht, ist eine starke Friedensbewegung, die sich der zunehmenden Militarisierung in der Politik und den öffentlichen Debatten entschieden widersetzt. Das haben wir in den 1980er Jahren gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen getan und das tun wir auch heute. In der Ukraine ist die Eskalationsdynamik des Krieges ungebrochen und verschärft sich weiter. An dieser historischen Weichenstellung dürfen wir nicht schweigen.

Vor einem Jahr haben wir mit dem Aufruf „Frieden schaffen jetzt!“, dem sich auch viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen angeschlossen haben, den Bundeskanzler aufgefordert, schnell auf einen Waffenstillstand zu drängen und Friedensverhandlungen zu vermitteln. Doch das Töten, die schweren Verletzungen, die Zerstörungen, das Leid und Elend der Menschen gehen weiter. Die Gefahr eines großen Krieges in Europa droht wieder zu einer denkbaren Zukunft zu werden. Dass die unmittelbare Kriegsschuld Russlands außer Frage steht, ändert nichts daran, dass es zuerst um den Frieden gehen muss.

Krieg ist unmenschlich. Wir wissen aus den Katastrophen der beiden Weltkriege: Krieg kennt keine Grenzen in sich. Der Krieg in der Ukraine darf nicht weiter eskalieren und zu einem großen Krieg werden. Doch bei uns wird bei Waffenlieferungen in die Ukraine immer vor „roten Linien“ gewarnt, die nicht überschritten werden dürfen, um sie dann auf inneren oder äußeren Druck doch zu überschreiten. Wir verurteilen die unsägliche Kriegsrhetorik von Politikern der Regierungs- wie der Oppositionsparteien sowie großer Teile der Medien.

Das EU-Europa, das sich in eine wachsende Abhängigkeit gegenüber den USA begeben hat, muss wieder zu einer eigenständigen Friedensmacht werden, in der die Diplomatie im Zentrum steht.

Aus der extrem gefährlichen Cuba-Krise von 1962 hatten beide Supermächte gelernt, dass sie die elementaren Interessen und Bedrohungen des Kontrahenten wahrnehmen müssen. Das ist die Grundlage der Entspannungspolitik. Doch im Ukraine-Krieg geschieht das Gegenteil. Vieles erinnert schmerzhaft an den Juli des Versagens

1914 vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Aber in Deutschland sollen wieder Waffensysteme stationiert werden, die mit sehr kurzen Vorwarnzeiten konventionelle Sprengköpfe und sogar Atomwaffen nach Russland tragen können.

Wir sagen Nein zu landgestützten Raketen-Systemen, die im INF-Vertrag verboten wurden. Wir sagen Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein Heißer Krieg werden kann. Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die „ultima ratio“, sie ist die „ultima irratio“. Die Konflikte und Spannungen der Welt werden größer, wenn der Krieg nicht beendet wird und Russland auf dem Rücken der Ukraine niedergerüstet werden soll. Und im Hintergrund spitzt sich die Rivalität der USA mit der neuen Supermacht China weiter zu.

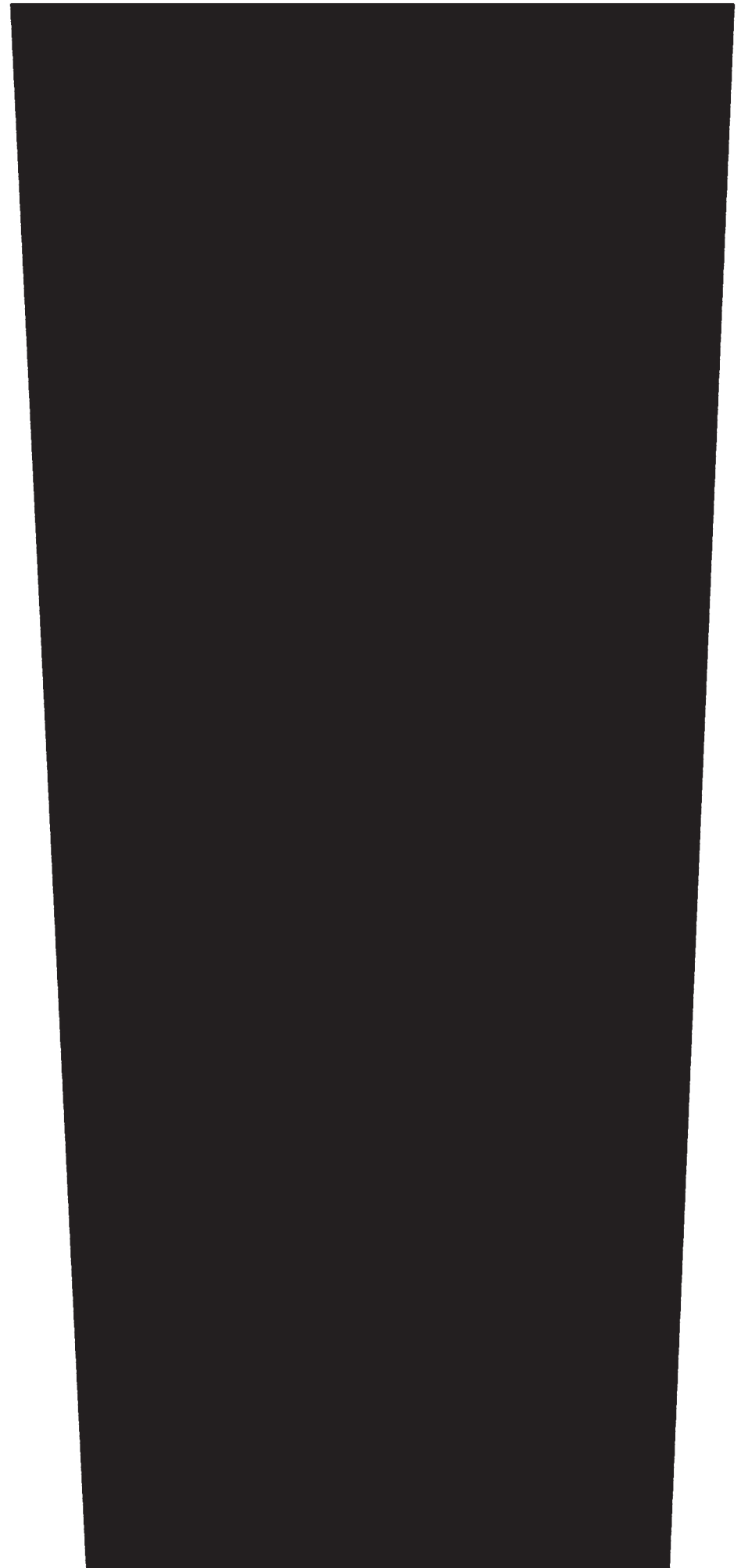
Die NATO-Staaten werden in der Ukraine faktisch zu Kriegsparteien, wenn sie nicht Aufrüstung und Waffenlieferungen stoppen und zu einer friedlichen Alternative kommen. Die Strategie, den Gegner niederzurüsten, ist von den Militärs der NATO-Führung vorgegeben und verfolgt in erster Linie die Interessen der USA. In Wiesbaden entsteht mit 700 Militärs die Nato Security Assistance and Training for Ukraine (NSATU), 40 davon stellt die Bundeswehr.

Deutschland droht in den Krieg abzurutschen. Dagegen stehen wir. Auch wenn behauptet wird, dass die NSATU aus der NATO keine Konfliktpartei macht, hat sie nur eine Aufgabe: immer mehr Waffen in die Ukraine zu liefern. Diese Aufrüstung wird in Deutschland koordiniert. Unser Land wird zur Kriegspartei.

Frieden braucht eine „Europäisierung Europas“ und eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur. Mehr Gemeinsamkeit in unserer Welt mit Staaten unterschiedlicher Ordnung kann nur heißen: Nord-Süd-Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit. Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg! Wir brauchen eine Politik des Friedens und der Vernunft.

Wir rufen auf, sich an den Friedensaktionen am 6. August und am 1. September an vielen Orten und am 3. Oktober 2024 an der bundesweiten Demonstration in Berlin zu beteiligen und dafür zu werben.

Berlin, den 17. Juli 2024





Kriegstüchtig? Friedensfähig!

Abschlussklärung des bundesweiten Zivilklausel-Kongresses

Vereint in der Überzeugung, dass eine Welt ohne die Logik der Gewalt möglich und nötig ist; entschlossen für eine international kooperative Entwicklung der Menschheit einzutreten, stellen wir uns, als Forschende, Lehrende und Lernende in den Hochschulen der gegenwärtigen Militarisation der Gesellschaft und der Öffnung der Hochschulen für das Militärische entschieden entgegen.

Mit der militärischen „Zeitenwende“ in Hochschule und Gesellschaft, der postulierten Alternativlosigkeit der Gewalt und der aggressiven Rhetorik zur Kriegsertüchtigung werden die Lehren aus der deutschen Geschichte und das Vermächtnis aus „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ins Gegenteil verkehrt, die Gesellschaft verroht und extrem rechten Gesellschaftsentwürfen und Menschenbildern abermals Tür und Tor geöffnet.

Wir weisen die gegenwärtigen drastischen Versuche von Rüstungskonzernen und ihren politischen Wortführern in Bund und Ländern entschieden zurück, die öffentlichen Hochschulen für militärische Zwecke zu öffnen und die Zivilklauseln zu unterminieren, um Wissenschaft in den Dienst von Sicherheits- und Geopolitik zu stellen.

Internationale Kooperationen und Wissenschaftsdiplomatie ausbauen!

Wir fordern eine Abkehr von Abschottungs- und Blockbildungspolitik auch in der Wissenschaft. Die Lösungen der gegenwärtigen globalen Krisen sind unmittelbar und existentielle Menschheitsfragen und können nur international und kooperativ produktiv beantwortet werden. Internationale Wissen-

schaftskooperationen waren über Jahrzehnte ebend für Zivilisierung, Abrüstungsverträge und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Erkenntnissen und Technologien. Sie sind wirksamer Teil von Völkerverständnis und zur Lösung der Probleme im Interesse der großen Mehrheit in allen Ländern. Diese Potentiale müssen gegenwärtig mehr denn je neu ausgebaut werden, unter anderem:

- Die Zivilklauseln sind auszubauen, sie bilden verallgemeinerungswürdige Kriterien für internationale Kooperationen nicht nur mit China, sondern ebenso mit der Türkei, mit dem Iran, Israel, Frankreich oder den USA. Mit allen Kooperationspartnern ist rein zivil zu wirken und auf eine Welt des Friedens zu orientieren.
- Für den Abbau von Feindbildern und die Arbeit am Stopp des Klimawandels sind die Wissenschaftskooperationen mit Russland wieder aufzunehmen.
- Die vollständige Zerstörung der Hochschulen in Gaza erfordert einen intensivierten Einsatz der Wissenschaftsgemeinschaft für Frieden und einen umgehenden Wiederaufbau. Wissenschaftliche Kooperationen sowohl mit Hochschulen in Israel wie auch in Gaza und in der Westbank müssen gefördert werden und einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

Wissenschaft von allen für alle: Soziale und demokratische Öffnung der Hochschulen!

Die Wissenschaft muss von den Logiken des Marktes befreit werden, damit Forschende, Lehrende und Lernende zu einer humanen, friedlichen und demokratischen Entwick-

lung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der internationalen Beziehungen beitragen können.

Eine solche positive Freiheit der Wissenschaft hat materielle Voraussetzungen: Hochschulen müssen bedarfsgerecht öffentlich grundfinanziert und Wettbewerbsmechanismen wie die Exzellenzinitiative zurückgedrängt werden. Damit die Hochschulen zur Bildung mündiger, humanistisch eingreifender Menschen beitragen, müssen Arbeitsverhältnisse entprekariert, Studierende sozial abgesichert und Studiengänge vom Prüfungsmarathon befreit werden. Die Entscheidungen in den Hochschulen müssen in demokratischen Gremien gefällt werden.

Wir nehmen die Geschichte selber in die Hand!

In unserem Interesse ist jene Wissenschaft, mit der wir für internationale Abrüstung, Verständigung und Kooperation, sowie für die soziale und ökologische Erneuerung des Zusammenlebens als notwendige Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen eintreten.

Wenn sich dagegen aktuell z.B. die bayrische Landesregierung anschickt, das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit verfassungswidrig abzuschaffen, indem sie ein Verbot von Zivilklauseln plant und Hochschulen und Schulen dazu verpflichtet zu kooperieren, sagen wir:

Nicht mit uns!

Das Lernen und Forschen für eine menschenwürdige Entwicklung erfordert erst recht: Zivilklauseln überall!

Dafür wirken wir und fordern alle auf, mitzutun!

Der Text der Abschlussklärung vom 16. 17.3.2024 in Frankfurt am Main wurde redaktionell leicht gekürzt. Weitere Infos unter www.zivilklausel.de

Hallo Frau Baerbock!

... egal, was meine deutschen Wähler denken“. Dieser Halbsatz zur blinden „Solidarität“ mit der Ukraine machte bereits vor zwei Jahren die Runde. Nun ja, vielleicht ist das für die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik tatsächlich nicht so relevant, sondern nur ein Problem für Ihre Partei durch die jetzt abstürzenden Umfragewerte und Wahlergebnisse. Problematisch ist aber in jedem Fall, dass die damit verbundene Doppelmoral der deutschen Außenpolitik zum Absturz des deutschen Ansehens vor allem in den Ländern des globalen Südens geführt hat. Wobei sich dieses durch Ihr Agieren zum Gazakrieg Israels noch massiv beschleunigt hat. Bei vermeintlichen oder tatsächlichen Kriegsverbrechen Russlands sind Sie schnell mit einer Stellungnahme dabei. Bei zehntausenden an Toten in Gaza, darunter mehrheitlich Frauen und Kinder, halten Sie sich aber bedeckt. Kürzlich haben sich 40 medizinische Einrichtungen in Deutschland bereit erklärt, Kinder aus Gaza zu behandeln und die Kosten zu übernehmen. Gescheitert ist diese humanitäre Hilfe an Ihrem Ministerium.

Vor einigen Monaten hat irgend jemand Sie als „dümmste Außenministerin der Welt“ bezeichnet. Darauf hin haben Sie persönlich einen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Nun muss man eine solche Einzelmeinung im großen Universum der sozialen Medien nicht unbedingt zur Kenntnis nehmen, geschweige denn kommentieren. Die eigentliche mediale Aufmerksamkeit ist in diesem Fall aber erst durch Ihre Strafanzeige entstanden. Vielleicht wäre es für Sie besser gewesen, den X-Tweet zu ignorieren. Schließlich ist es auch auf diplomatischer Ebene angebracht, über manche Dinge zu schweigen. Zugegeben: Dieser Hinweis an Sie als deutsche Chefdiplomatin ist eigentlich anmaßend, aber spätestens seit der „Zeitenwende“ leben wir ja offenbar in einer ganz anderen Welt.



Hallo Herr Pistorius!

„Wir werden unser Engagement im Indopazifik in den nächsten Jahren verstetigen müssen“. Das haben Sie vor einem Jahr gesagt, und Sie haben Wort gehalten. Beim bisher weltweit größten Marinemanöver der USA mit 28 verbündeten Nationen in der „Randzone des Pazifiks“, wie es der Name RIMPAC 2024 ausdrückt, waren nicht nur mehrere Fregatten der Bundeswehr dabei. Sie selbst waren höchstpersönlich mit an Bord. Ja, so kann man „Flagge zeigen“. Früher nannte man das Kanonenbootdiplomatie. Aber auch Landgänge gehörten dazu, wie beim Boxeraufstand um 1900 mit einem deutschen Kontingent von 15.000 Soldaten, eingeleitet durch die berüchtigte Hunnenrede Kaiser Wilhelms II. zum brutalen Vorgehen gegen die Aufständischen. In der Bucht von Kiautschou hatte man bereits einige Jahre zuvor einen Pachtvertrag über 99 Jahre erzwungen. Also einen festen Stützpunkt auf dem chinesischen Festland. Der hat nur nicht 99 Jahre gehalten, sondern endete mit dem Ende des Deutschen Kaiserreichs 1918.

Ob das mit dem neuen festen Auslandsstützpunkt in Litauen besser klappt? Immerhin ist dieser als „schwere Kampfbrigade“ für 5.000 Bundeswehrangehörige konzipiert und offenbar ein ganz persönliches Projekt von Ihnen. Zur Erinnerung: Das Baltikum war mal geprägt von dem Deutscherorden, dessen kriegerische Expansion nach Osten bis ins 13. Jahrhundert zurück reicht.

Sie sollten mit Ihrer Geschichtsvergessenheit das historische Gedächtnis von Staaten nicht überstrapazieren, bei denen deutsche Militärinterventionen noch präsent sind. Das gilt sowohl für China wie auch für Russland. Oder halten Sie es lieber mit dem Jahrhunderte alten Spruch: „Viel Feind, viel Ehr!“?

Karl-Heinz Peil